

Betreff: **Fwd: Nun kommen sie doch: „Corona – Internierungslager“, In Australien, Neuseeland, auch in Wien gibt es sie schon – nun endlich in Deutschland Gulags für die „Renitenten“**

Datum: 15.01.2021 19:15:41 Mitteleuropäische Zeit

Von: andreas-hempel@arcor.de

----- Weitergeleitete Nachricht -----

Betreff:Nun kommen sie doch: „Corona – Internierungslager“, In Australien, Neuseeland, auch in Wien gibt es sie schon – nun endlich in Deutschland Gulags für die „Renitenten“

Datum:Fri, 15 Jan 2021 13:28:12 +0100

Von:John Smoker <quadriga-productions@web.de>

An:John Smoker <quadriga-productions@web.de>

Nun kommen sie doch: „Corona – Internierungslager“, Gulags für die „Renitenten“ (Verweigerer, Kritiker, vermutlich auch bald Impfender und AfDler und Querdenker). Sie sind schon da: In Australien, Neuseeland, auch in Wien gibt es sie schon – nun endlich in Deutschland: Begeistert CDU/CSU, SED/SPD – und vor allem die Grünen. Die lagerkritische AfD könnte dann auch bald zu den Insassen gehören. Natürlich alles wegen dem Gesundheitsschutz. Alter Wein in neuen Schläuchen. Und kein Aufschrei? Kein Aufschrei. Damals war ja damals und das ist lange her.

<https://www.journalistenwatch.com/2021/01/15/naechster-dammbbruch-sachsen/>

Nächster Dammbbruch: Sachsen errichtet Corona-Internierungslager für „renitente“ Bürger

15. Januar 2021

[0](#)



Vom Staat weggesperrt - wie einst in der DDR

(Symbolbild:Imago/Gora)

Jetzt wird alle falsche Zurückhaltung aufgegeben:

In Deutschland findet eine Entwicklung statt, die zwei Generationen lang für alle Zeiten gänzlich undenkbar schien.

Die Lehre aus zwei Diktaturen, die vermeintliche schützende Imprägnierung schmerzhafter Erfahrungswerte sind in den Wind geschlagen.

Erneut werden in Deutschland Andersdenkende und Regelbrecher, die gegen immer Grundrechtseingriffe opponieren, verfolgt und interniert – diesmal dann eben im Namen des Gesundheits- und Bevölkerungsschutzes:

In Sachsen entsteht das erste Lager zur Zwangsunterbringung von „Quarantänebrechern“.

Eine immer fatalere Kollektivneurose macht die Gesellschaft blind für Wiederholungs-Verirrungen – und in kleinen Schritten erfolgt die Gewöhnung an immer weitere Tabubrüche.

Ein neues Verbot hier, eine Zwangsmaßnahme da, eine Freiheit nach der anderen wird eingeschränkt, Grundrechte suspendiert.

Und gleichzeitig werden die staatlichen Sanktionen und Repressionen immer radikaler gegen die, die sich widersetzen.

Die neueste Benchmark bei der Aussonderung gefährlicher Subjektive aus dem Volkskörper setzt nun der Freistaat Sachsen – mit einer geplanten landesweiten Corona-Einrichtung zur „**zwangsweisen Unterbringung**“ von „**wiederholten Quarantäne-Brechern und -Verweigerern**„.

Das bislang strikt geheimgehaltene Projekt, über das „Bild“ gestern Abend erstmals berichtete, sieht eine Art spezielles Hochsicherheitsgefängnis vor.

Treffender könnte man auch von einem Corona-Lager sprechen.

Als Standort soll die erst vor dreieinhalb Jahren für 30 Millionen Euro errichtete Flüchtlings-Erstaufnahmeeinrichtung an der Dresdener Stauffenbergallee dienen – passenderweise liegt direkt daneben ein Hochsicherheits-Gerichtsgebäude.

Die Lage passt also wie die Faust aufs Auge, und erfüllt den beabsichtigten Zweck einer Kriminalisierung volksgesundheitsgefährdender, asozialer Elemente im BRD-Corona-Regime.

Politisch ist das perfide Vorhaben übrigens ein echtes „Heimspiel“ für die sächsische SPD-Gesundheitsministerin Petra Köpping, einstiges Mitglied der Mauerschützenpartei SED.

Als ehemalige DDR-Juristin verfügt sie über praktische Alltagserfahrung in einem System, in dem Menschen weggesperrt und überwacht wurden – und das übrigens politisch Andersdenkende nicht selten [als psychisch Kranke „zwangstherapierte“](#) bzw. aus dem Verkehr zog.

Kein Wunder, dass es während des ersten Lockdowns im vergangenen Frühjahr Köpping war, die sogenannte Quarantäne-Brecher noch in Psychatrien unterbringen wollte.

Diese Pläne wurden damals sehr zu ihrem Ärger verworfen, laut „Bild“ übrigens ebenso wie Alternativüberlegungen, Quarantäne-Verweigerer in Hotels oder Krankenhäusern zwangseinzuquartieren.

Erst gegen Querulanten, dann gegen Querdenker

Dafür entsteht jetzt also eine lagerähnliche „Sonderjustizvollzugsanstalt“.

Die Kretschmer-Landesregierung hält über Details auf Anfragen äußerst bedeckt; das Sozialministerium spricht euphemistisch von einem „*Unterbringungsobjekt*„, das „*derzeit ertüchtigt*“ werde. **Corona-Haft droht, so „Bild“, künftig dann allen „Wiederholungstätern„, die sich behördlichen Quarantäne-Anordnungen widersetzen** (obwohl selbige nicht selten gegen kerngesunde, lediglich Getestete Personen verhängt werden).

Laut Sozialministerium erfolgt das Vorgehen zur Verbringung stufenweise: „**Eindringliche Ermahnung, Bußgeld, Gerichtsbeschluss**„. Letzterer muss vom Gesundheitsamt gestellt werden – also aus dem amtlichen Zuständigkeitsbereich der roten Apparatschik Köpping heraus.

Noch gibt es in Sachsen keine Delinquenten für die „Erstbelegung“ – doch die werden nicht lange auf sich warten lassen.

Das gesamte Gelände der geplanten Zwangseinrichtung soll künftig umzäunt und rund um die Uhr von der Polizei bewacht werden, um „Dritte wegen des renitenten Verhaltens der Unterzubringenden“ zu „schützen„.

Renitenz ist hier ein Schlüsselbegriff:

Es braucht keine allzu große Vorstellungskraft vorherzusehen, dass in einem nächsten Schritt dann womöglich bald auch weitere „renitente“ Elemente weggesperrt werden – ebenfalls zum Schutz des Gemeinwohls, versteht sich.

Querdenker, Corona-Demonstranten, vielleicht ja irgendwann auch Impfverweigerer?

In diesem Deutschland ist inzwischen alles möglich.

Und Markus Söder kann es bestimmt gar nicht abwarten, das sächsische Modell zu übernehmen. (DM)

<https://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/corona-zwangsunterbringung-turnhalle-menden-100.html>

Zwangsunterbringung für Corona-Verdachtsfälle

Die Stadt Menden bereitet eine leerstehende Turnhalle vor, um dort - wenn nötig - Menschen unterzubringen, die sich nicht an die Coronavirus Quarantänevorschriften halten. Noch gebe es keinen akuten Fall, aber man wolle vorbereitet sein, sagt die Stadt.



Feldbetten werden in der Turnhalle aufgestellt

Hintergrund ist, dass Teams des Kreises in den vergangenen Tagen etwa 20 Prozent der Bürger nicht zu Hause antreffen konnten, die eigentlich unter Quarantäne standen und ihre Wohnungen nicht verlassen durften. Bei den Betroffenen waren Tests auf das [Coronavirus](#) geplant.

Turnhalle als Notfallplan

Die Stadt Menden sagt nun, dass man Personen, die unter Quarantäne stehen und sich nicht an diese Anordnung halten, auch gegen ihren Willen unterbringen wolle. Eventuell zunächst in einem Krankenhaus, wenn die Kapazitäten nicht reichen aber auch in der Turnhalle.

Rechtlich sieht man sich nach Einholung eines Gutachtens auf der sicheren Seite.

- [Was muss ich im Sauerland, in Siegen-Wittgenstein und im Kreis Soest zu Corona wissen? | mehr](#)
- [Corona-Nachbarschaftshilfe in Südwestfalen | mehr](#)
- [Corona: Ehemalige Klinik in Kredenbach wird für Ernstfall vorbereitet | mehr](#)
- [Kreuztaler Schulkinder malen Hoffnungsbilder | mehr](#)

<https://taz.de/Internierung-zum-Seuchenschutz!/5693835/>

Internierung zum Seuchenschutz: Seuchenhaus für Quarantänebrecher

Stadt und Landkreis Osnabrück wollen Corona-Quarantäneverweigerer in einem bewachten Isolierhaus unterbringen. Akuter Handlungsbedarf besteht aber nicht.



Vor den Stadttoren weggeschlossen: das Amsterdamer Pesthaus im 17. Jahrhundert Foto: Reinier Nooms/imago

OSNABRÜCK taz | Eigentlich denkt man ja, das Mittelalter ist vorbei. Aber es gibt Momente, in denen beschleichen uns Zweifel. Denn Covid-19 beschert uns die Rückkehr einer düsteren Institution: Manche Kommune von heute entsinnt sich der Siechen- und Seuchenhäuser von einst, Isoliergefängnisse gegen Krankheiten wie Pest und Lepra, und droht „Quarantänebrechern“ mit der Unterbringung hinter Schloss und Riegel.

Auch Stadt und Landkreis Osnabrück haben Pläne dafür. Ihr Vorbild: Ein Haus in der nahen Bauernschaft Westladbergen, angemietet vom NRW-Kreis Steinfurt. Ein unscheinbar biederes, ehemaliges Lehrer-Wohnhaus, heute umgeben von einem bedrohlichen Doppelring aus hohen Metall-Sperrzäunen.

Anzeige

Es ist ein Lager, aus dem niemand so schnell entweicht, errichtet für einen Freiheitsentzug, für den Ordnungsämter und Polizei zusammenarbeiten. Im Einsatzfall abpatrouilliert durch Sicherheitspersonal, stellt es eine Drohkulisse dar, die Uneinsichtige, die sich ihrem zweiwöchigen [Quarantäne](#)-Hausarrest entziehen, gefügig machen soll. Für Kranke ist es nicht gedacht, nur für „Kontaktpersonen“ der Kategorie I, deren „höheres“ Infektionsrisiko durch längere Nähe zu Coronabetroffenen entsteht.

„Das war in unserem Krisenstab schon lange ein Thema“, sagt Sven Jürgensen, Sprecher der Stadt Osnabrück. „Für eine solche Situation brauchen wir ja Handlungsfähigkeit.“ **Hat es in Osnabrück denn so viele hartnäckige Quarantäneverweigerer gegeben? „Nein“, räumt Jürgensen ein, „nur sehr vereinzelt“. „Aber natürlich müssen wir ein solches Szenario durchspielen, um notfalls ‚vor der Lage‘ zu sein. Irgendwo müssten solche Leute ja hin, damit sie keine Verbreitungsgefahr darstellen.“**

Kommune zuständig für Absonderung

Mitte Juni hat sich die Stadt Osnabrück im Schulterchluss mit dem Landkreis deshalb an den Corona-Krisenstab der Hannoveraner Landesregierung gewandt, parallel an Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), per Brief. „Unserer Auffassung nach“, so Jürgensen, „ist das eine Landesaufgabe, keine der Kommune.“

Die Landesregierung sieht das anders. Stadt und Landkreis liegt zwar noch keine offizielle Antwort vor. Aber: „Die Anordnung einer Quarantäne erfolgt immer durch das zuständige Gesundheitsamt des Landkreises oder der kreisfreien Stadt“, sagt Justina Lethen, Sprecherin des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, auf taz-Anfrage.

Anzeige

Diese seien zuständig zu überwachen, „dass die Anordnungen zur Absonderung seitens der Bürgerinnen und Bürger eingehalten werden“. Das umfasse auch „eine zentrale Unterbringung in geeigneten Räumlichkeiten, wenn es in Einzelfällen dazu kommen sollte, dass der Anordnung nicht Folge geleistet wird“. Niedersachsen habe „die Aufgabe, für Unterbringung zu sorgen, kommunalisiert“.

Handlungsdruck besteht in Stadt und Landkreis Osnabrück nicht. Aktuell ist die Covid-19-Lage sehr entspannt. Das ist sie schon seit Wochen. Nur 16 Infizierte gab es Ende der Woche, nur 154 Personen waren in Quarantäne. Die Situation ist so undramatisch, dass der Osnabrücker Krisenstab schon seit Mitte Juni aufgelöst ist.

Die Situation ist so undramatisch, dass der Osnabrücker Krisenstab schon seit Mitte Juni aufgelöst ist

Die meisten der rund 500 Stadtbediensteten, die in den Tagen steigender Zahlen in Sachen Corona tätig waren, verrichten längst wieder ihre normalen Jobs. „Aber wir müssen natürlich reagieren können, sollte es zu einer zweiten Welle kommen“, sagt Jürgensen. „Rechtlich sind die Hürden dafür natürlich ziemlich hoch.“

„Es ist grundsätzlich zweifelhaft, dass Behörden einen solchen Grundrechtseingriff überhaupt durchsetzen dürfen“, sagt der Hannoveraner Rechtsanwalt Paulo Dias auf taz-Anfrage, seine Kanzlei „Recht-Durchsetzen“ ist auf Asylrecht spezialisiert. „Es ist sehr fraglich, ob die Ermächtigungsgrundlage das hergibt, denn sie ist keineswegs hinreichend bestimmt. Das ist im Infektionsschutzgesetz viel zu vage formuliert. Meines Erachtens ist das mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringen.“

Es gelte zudem, so Dias, die Verhältnismäßigkeit zu beachten: „Das muss man gegen das Grundgesetz abwägen, die Freiheit der Person, die körperliche Unversehrtheit.“

Hinzu kommt: Eine solche Unterbringung ist nicht nur eine juristische Frage, auch eine politische. Aber eine politische Diskussion hat in Stadt und Region Osnabrück dazu nicht stattgefunden.

Volker Bajus, Fraktion 90/Die Grünen, Mitglied im Rat der Stadt Osnabrück und im Niedersächsischen Landtag Sprecher seiner Partei für Soziales und Justizvollzug, sagt über „dieses Verwaltungsplanspiel“: „Mich irritiert die Debatte. Das mag rechtlich erlaubt sein, aber das wäre ein erheblicher [Eingriff in die Grundrechte](#). Auch in Pandemiezeiten darf das nur allerletztes Mittel sein.“

Internierungsplan nie öffentlich thematisiert

Bajus stört zudem, dass der Internierungsplan vor dem Brief nach Hannover nie öffentlich thematisiert worden ist – und das, obwohl in Stadt und Region keinerlei Gefahr im Verzug ist. „Wir sehen an den Infektionszahlen, dass die meisten Leute vernünftig sind und sich an die Regeln halten“, sagt Bajus. „Mir ist in Niedersachsen kein Fall bekannt, bei dem so ein ‚Corona-Arrest‘ bei Gericht beantragt oder gar umgesetzt wurde.“

In den politischen Gremien war so eine Maßnahme daher auch nicht Thema. „Dass eine Kommune darüber nachdenkt, wie sie auf Quarantäneverweigerung reagiert, sei berechtigt. „Aber es gibt andere Möglichkeiten als ein solches Haus.“

Stadt und Landkreis teilen sich einen gemeinsamen Gesundheitsdienst. Osnabrücks Oberbürgermeister Wolfgang Griesert (CDU) und Landrätin Anna Keschull (Bündnis 90/Die Grünen) müssen sich also eine gemeinsame Lösung einfallen

lassen. Das bedeutet nicht unbedingt ein eigenes Haus: „Denkbar wäre ja auch eine Kooperation mit anderen Kommunen“, sagt Stadt-Sprecher Jürgensen. Kommen also womöglich Osnabrücker nach Westladbergen?

„Jeglichen Zwang lehnen wir ab“, sagt Heidi Reichinnek, Landesvorsitzende der Linken Niedersachsen und Mitglied des Rats der Stadt Osnabrück. „Der Fokus muss darauf liegen, den Menschen die Notwendigkeit der Maßnahmen zu erklären und sie bei der Umsetzung zu unterstützen.“ Quarantäne-Häuser seien sinnvoll, „wenn erkrankte Personen aus einer Wohngemeinschaft mit ansonsten negativen Bewohnern in eine andere Unterkunft temporär umziehen können. Auch eine solche Maßnahme muss jedoch freiwillig bleiben.“

Freier Journalismus ist wichtiger denn je

Das Bedürfnis nach vertrauenswürdiger Information ist derzeit sehr hoch, viele klicken und klicken in diesen unsicheren Zeiten auf die Berichterstattung der taz. Während der vergangenen Wochen ist klar geworden, wie wichtig freier Journalismus ist. In Krisenzeiten ist es „systemrelevant“, dass Menschen sich unabhängig informieren können. Ohne Paywall. Wir finden es wichtig, dass uns möglichst viele Menschen lesen – auch jene, die sich kein Abo leisten können. Doch dazu brauchen wir Ihre Hilfe.

Guter, kritischer Journalismus ist nicht kostenlos zu haben und braucht Finanzierung. Unsere Idee: Die Arbeit der Redaktion ist – anders als bei vielen anderen Medien – frei zugänglich. Im Gegenzug wird sie freiwillig und solidarisch unterstützt. Von unseren Leser*innen, von Ihnen. Mit Ihrer Wertschätzung und Beteiligung kann die taz auch in Zukunft das sein, was sie ist: eine kritische Öffentlichkeit, ein Forum für Meinungsvielfalt, eine engagierte Stimme für Minderheiten. Unterstützen Sie jetzt die taz und helfen Sie uns dabei. Seien Sie mit uns taz. Zusammen mit den 25.500, die schon dabei sind.

<https://www.wp.de/region/sauer-und-siegerland/corona-lager-in-menden-was-andere-kommunen-sagen-id228787135.html>

Corona

Thomas Hagemann und Michael Koch

27.03.2020, 09:34



Der Erste Beigeordnete der Stadt Menden, Sebastian Arlt, in der Lendingser Quarantänehalle. Sie ist für uneinsichtige Erkrankte gedacht, die nicht in häuslicher Quarantäne bleiben wollen.

Foto: Thomas Hagemann

Menden. Die Stadt Menden sorgt mit ihrer Unterkunft für Quarantäne-Verweigerer für Schlagzeilen. Was andere Kreise und Städte dazu sagen.

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/strobl-will-quarantaeneverweigerer-zwangseinweisen-100.html>

Brief an Sozialminister Lucha Innenminister Strobl will Quarantäne-Verweigerer zwangseinweisen

•

Der baden-württembergische Innenminister fordert ein hartes Vorgehen gegen Quarantäne-Verweigerer. Er will sie schon beim ersten Verstoß in einem geschlossenen Krankenhaus unterbringen lassen.

Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) will Quarantäne-Verweigerer zwangsweise in ein geschlossenes Krankenhaus einweisen lassen - und das schon nach dem ersten bekannten Verstoß. Das schlägt er in einem Brief an Sozialminister Manfred Lucha und Ministerpräsident Winfried Kretschmann (beide Grüne) vor. Der Brief liegt dem SWR vor. So habe etwa in Wendlingen (Kreis Esslingen) eine Person innerhalb weniger Tage mehrfach gegen die Auflagen verstoßen und sich nicht an die häusliche Isolierung gehalten. Die zwangsweise Absonderung sei deshalb ein wichtiges Mittel des Gesundheitsschutzes, so der Innenminister. Er beruft sich auf Paragraph 30 des Infektionsschutzgesetzes, wonach die zwangsweise Absonderung von Infizierten beziehungsweise Kontaktpersonen möglich sei, wenn sie sich nicht in häusliche Quarantäne begeben.



Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) will mit Härte gegen Quarantäne-Verweigerer vorgehen. [dpa Bildfunk](#) picture alliance/Uwe Anspach/dpa (Archiv)

Die Allgemeinheit habe einen Anspruch darauf, vor bekannten und vermeidbaren Gefahren für ihre Gesundheit geschützt zu werden. Eine vorübergehende zwangsweise Absonderung in einem geschlossenen Krankenhaus sei gemäß des Infektionsschutzgesetzes ein wichtiges Mittel, so Strobl.

Klinik im Südschwarzwald als zentrale Quarantäne-Klinik

Strobl schlägt als Unterkunft für die Quarantäneverweigerer zentral die frühere Lungenfachklinik St. Blasien im Südschwarzwald vor. Eine Zwangseinweisung im Zusammenhang mit Corona soll Strobl zufolge "in einem geordneten gerichtlichen Verfahren" abgewickelt werden - also auf richterliche Anordnung. Gerade mittelgroße und kleinere Gemeinden seien damit überfordert, kurzfristig die nötigen rechtlichen Schritte in die Wege zu leiten und zugleich nach einer geeigneten Unterbringung für Quarantäne-Verweigerer zu suchen. Um die Kommunen zu entlasten, sollte das Land diese Aufgabe übernehmen.

Der Bürgermeister von St. Blasien im Kreis Waldshut, Adrian Probst (CDU), steht dieser Idee offen gegenüber. "Der Vorschlag überrascht mich, aber er haut mich nicht vom Stuhl", so Probst. Man habe mit der Klinik ab dem kommenden Jahr einen großen Leerstand und eine lange Geschichte mit hochinfektiösen Patienten. St. Blasien hätte ausreichend Erfahrung. Ob Stobls Vorschlag allerdings wirklich umgesetzt werde, bleibe abzuwarten, sagte Probst. Man sei jedoch offen für Gespräche.

Lucha: Quarantäne-Verweigerer sind Einzelfälle

Nach Ansicht von Sozialminister Lucha müssen harte Sanktionen gegen Quarantäne-Verweigerer verhängt werden, da es sich um ein schweres Vergehen handle. Lucha möchte jedoch andere Wege gehen als Strobl: "Da es sich aber nach Erkenntnissen der Gesundheitsämter bei uns im Land um Einzelfälle handelt, muss aus unserer Sicht in Baden-Württemberg keine zentrale Einrichtung aufgebaut werden." Alles, was rechtlich durchsetzbar ist, sollte laut Lucha dezentral umgesetzt werden.

Die Ortspolizeibehörden sollten bereits nach dem ersten Quarantäne-Verstoß sofort das gerichtliche Verfahren zur "zwangsweisen Absonderung in einem geschlossenen Krankenhaus einleiten", fordert dagegen Strobl. Die Deutsche Polizeigewerkschaft sieht in einem solchen Fall viel Arbeit auf die Polizei zukommen. Der Landesvorsitzende Ralf Kusterer befürchtet einigen Widerstand der Verweigerer, mit dem sich die Polizisten befassen müssten: "Ich sehe Schwierigkeiten auf uns zukommen", sagt er und fordert, Alternativen zu prüfen.

Stobls Vorschlag wird von anderen Parteien stark kritisiert

Uli Sckerl, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen und Innenexperte im Landtag, sagte zum Vorschlag Stobls, Quarantäne-Verweigerer würden die Gesundheit ihrer Mitmenschen gefährden. "Das ist ein schweres Vergehen und kein Kavaliersdelikt. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass die Quarantäne eingehalten wird." Dafür stünden jedoch bereits erprobte Mittel wie Erzwingungsgelder oder Erzwingungshaft zur Verfügung, erklärte Sckerl. Nach Erkenntnissen der Gesundheitsämter handle es sich bei Quarantäneverweigerern lediglich um Einzelfälle.

Aus der FDP kam Kritik. "Herr Strobl hat offenbar Maß und Mitte vollkommen verloren. Das neuerliche Bekenntnis der CDU, zukünftig bei den Corona-Maßnahmen auf die Verhältnismäßigkeit zu achten, war offenbar nur ein

Lippenbekenntnis", teilte der FDP-Landeschef Michael Theurer mit. Die AfD-Landtagsabgeordnete Christina Baum nannte den Innenminister einen "unerträglichen Menschenfeind" und betonte: "Aus meiner Sicht muss die Freiheit über der Gesundheit stehen."

Wenn Belehrungen und Bußgelder nichts nützten, müssten härtere staatliche Mittel möglich sein, teilte wiederum SPD-Politiker Rainer Hinderer mit. Er ist der gesundheitspolitische Sprecher der Landtagsfraktion und sagte, eine Prise Abschreckung schade manchen nicht.

Mehr zum Thema:

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/polizei-bringt-quarantaene-verweigerer-in-corona-krankenhaus-100.html>

Quarantäne-Verweigerer sollen durch Polizei in Krankenhaus gebracht werden

•

Der einstige Vorschlag von Baden-Württembergs Innenminister Strobl (CDU) Quarantäne-Verweigerer in einer geschlossenen Klinik unterzubringen soll nun realisiert werden. Das bestätigte der Minister bei einer Pressekonferenz.

Uneinsichtige Quarantäneverweigerer in Baden-Württemberg sollen künftig in einem von zwei bis drei ausgewählten Krankenhäusern untergebracht werden. Darauf einigten sich der Landes-Gesundheitsminister Manne Lucha (Grüne) und der Innenminister des Landes, Thomas Strobl (CDU), am Dienstag nach langen Debatten.

[Das Innenministerium hatte auf eine strikte Zwangseinweisung solcher Personen in eine zentrale Klinik im Land gedrängt.](#) Lucha hatte dafür plädiert, dass sich die Kommunen dezentral darum kümmern, da es sich um Einzelfälle handle.



Strobl: Hartnäckige Corona-Verweigerer sind "abzusondern" 00:50 Min

BW-Innenminister: "Letztes Mittel" gegen Quarantäne-Brecher

Nach der Einigung sagte Strobl, er sei froh, dass man sich darauf verständigt habe, "hartnäckige Quarantäneverweigerer abzusondern". Es sei aber nur "das letzte Mittel", wenn solche Menschen sich auch durch Bußgelder nicht zur Vernunft bringen ließen. Er höre aber mehrfach in der Woche von Kommunen, dass diese Einzelfälle ein Problem darstellten.

Krankenhaus-Standorte werden noch festgelegt

Lucha betonte, man habe sich entschieden, die Kommunen zu unterstützen. "Die Polizei bringt die Personen dort hin und wir kümmern uns um die adäquate Versorgung", sagte der Landesgesundheitsminister. Man begreife sich hier als Verantwortungsgemeinschaft. Die formale Zuständigkeit liege aber weiter in der kommunalen Selbstverantwortung.



Strobl hatte als potenzielle Unterkunft die frühere Lungenfachklinik in St. Blasien im Schwarzwald vorgeschlagen. [SWR](#)

Die Standorte der Krankenhäuser sollen bis zum Wochenende festgelegt werden. In der Vergangenheit hatte Strobl die [frühere Lungenfachklinik St. Blasien im Südschwarzwald](#) ins Gespräch gebracht. Daraufhin hatte der Bürgermeister von St. Blasien, Adrian Probst (CDU), versichert, er stehe dieser Idee offen gegenüber. Man habe mit der Klinik ab dem kommenden Jahr einen großen Leerstand und eine lange Geschichte mit hochinfektiösen Patienten, so Probst Anfang November. St. Blasien hätte ausreichend Erfahrung.

Rechtsslage Absonderung (Quarantäne)

Die Absonderung (Quarantäne), die in [§ 30 Infektionsschutzgesetz \(IfSG\)](#) geregelt ist, stellt die einschneidendste Maßnahme im IfSG dar und ist aufgrund der Schwere des Eingriffs in die durch Art. [2 Abs. 2 S. 2 Grundgesetz \(GG\)](#) geschützte Freiheit der Person die "ultima ratio". Kommt der Betroffene der Quarantäne-Anordnung nicht nach, so kann diese gemäß § 30 Abs. 2 IfSG auch zwangsweise von der zuständigen Behörde durchgesetzt werden.

Dabei muss zwischen Kranken und Krankheitsverdächtigen einerseits sowie Ausscheidern und Ausscheidungsverdächtigen andererseits unterschieden werden ([zu den Begriffen: § 2 IfSG](#)). Während Kranke und Krankheitsverdächtige in einem abgeschlossenen Krankenhaus oder einem abgeschlossenen Teil eines Krankenhauses untergebracht werden müssen, können Ausscheider und Ansteckungsverdächtige auch in einer anderen geeigneten abgeschlossenen Einrichtung untergebracht werden. Dies lässt sich damit erklären, dass sie keinerlei Symptome zeigen und daher nicht zwingend in einem Krankenhaus untergebracht und entsprechend versorgt werden müssen. Da gerade bei einer Pandemie ein erhöhter Raumbedarf entstehen kann, sollen die Behörden in diesem Fall die Möglichkeit haben, flexibler bei der Unterbringung der Betroffenen agieren zu können.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/corona-quarantaene-als-mittel-der-unterdrueckung-in-xinjiang-16922755.html>

Vierzig Tage in der Wohnung eingesperrt

- Von [Friederike Böge](#), Qingdao
- -Aktualisiert am 27.08.2020-15:40



[Bildbeschreibung einblenden](#)

Freiwillige Helfer in Schutzkleidung im Bezirk Toutunhe in Xinjiang am 21. August. Bild: dpa

In der Region Xinjiang werden harte Quarantänen verhängt. Dabei gibt es kaum Corona-Fälle. Trotz Unterdrückung ist der Protest in der Bevölkerung nun so laut geworden, dass die Partei reagieren musste.

Der Parteisekretär der westchinesischen Stadt Urumtschi tat in dieser Woche etwas Ungewöhnliches. Er veröffentlichte seine Telefonnummer im Internet und forderte die Bürger auf, ihn anzurufen, um „Probleme zu lösen“. Der Bürgermeister tat das Gleiche, gefolgt von anderen lokalen Funktionären. Offensichtlich war der Unmut zu groß geworden, der sich zuvor in den sozialen Netzwerken entladen hatte. **Dort klagten viele Einwohner der Hauptstadt der Region Xinjiang darüber, dass sie ihre Wohnungen seit nunmehr vierzig Tagen nicht verlassen durften**, seit es in Urumtschi am 17. Juli einen neuen [Coronavirus](#)-Ausbruch gegeben hatte. Im Internet machten Fotos von Leuten die Runde, die auf der Straße an Metallgittern angekettet schienen, mutmaßlich, weil sie gegen die Corona-Restriktionen verstoßen hätten.



[Friederike Böge](#)

Politische Korrespondentin für Ostasien.

- F.A.Z.
- [Twitter](#)

„Es wird nicht lockerer, sondern immer strikter“, berichtet ein Geschäftsmann aus Urumtschi dieser Zeitung über einen Chat-Dienst. Vor zehn Tagen seien alle Wohnungen versiegelt worden. Die Türen dürften nur noch geöffnet werden, wenn Helfer Nahrungsmittel brächten, und würden dann sofort wieder versiegelt. Er selbst sei in einem Quarantänelager untergebracht, sagt der Geschäftsmann. Dort sei die Tür von außen verriegelt. Nur in manchen Wohngebieten von Urumtschi gebe es erste Lockerungen. **Pro Wohnung dürften sich die Bewohner dort im Außenbereich der Wohnanlage eine Stunde lang die Füße vertreten. „Wenn ein Haushalt drei Personen hat, sind das 20 Minuten pro Person“**, sagt er. Voraussetzung für dieses kleine Privileg seien zwei negative Corona-Tests. **Der Geschäftsmann fürchtet um seine Existenz. Er verkaufe Kleidung, seine Lager seien voller Herbstmode. Wenn er nicht bald herauskomme, werde er die nicht mehr los. „Es ist zum Verrücktwerden.“**

Strafe für „schlechte Informationen“

Als derlei Klagen im Internet zunahmen, wurden die Bürger von lokalen Kadern ermahnt, in ihren Chat-Gruppen mehr „positive Energie“ zu verbreiten, also auf Kritik an den Behörden zu verzichten und stattdessen die Arbeit der freiwilligen Helfer zu loben. **Wer „schlechte Informationen“ versende, werde bestraft, hieß es in einer Mitteilung, von der ein Screenshot im Internet kursiert. Doch statt sich einschüchtern zu lassen, suchten die Eingesperren ein noch größeres Publikum.**

Normalerweise interessiert es die Leute in den chinesischen Metropolen wie Schanghai oder Peking nicht sonderlich, was im 3000 Kilometer entfernten Xinjiang passiert.

Das gilt für die dortigen Umerziehungs- und Arbeitslager, in denen nach Schätzungen von Fachleuten zwischenzeitlich mehr als eine Million Uiguren und Kasachen interniert waren.

Und es galt bis vor wenigen Tagen für die Quarantänemaßnahmen in Urumtschi. Doch das änderte sich am vergangenen Wochenende.

Mehr zum Thema

Besonders viel Aufmerksamkeit erhielt ein Blog-Beitrag mit dem Titel „Urumtschi: Unsere Stimme ist zu schwach“. Er wurde von der Zensur aber schnell wieder gelöscht. Besser erging es dem Text eines Mannes, der zwar aus Xinjiang stammt, aber in Chengdu lebt und deshalb über eine breitere Leserschaft verfügt.

Er schrieb über die „physische und mentale Erschöpfung“ in seiner Heimatstadt. Die Chat-Gruppen im Internet seien angesichts der prekären Lage ein wichtiges emotionales Ventil und ein Mittel, die Isolation zu überwinden. Deshalb seien die Menschen erbost darüber, dass viele ihrer Beiträge nun gelöscht würden.

Der Mann aus Chengdu berichtete zum Beispiel von Menschen, die an anderen Krankheiten als Covid-19 litten, Xinjiang aber nicht verlassen dürften, um sich anderswo medizinisch behandeln zu lassen.

Solche Berichte erinnern viele Chinesen an die düsteren Zeiten von Wuhan im Februar und März. Sie wirken wie aus der Zeit gefallen angesichts der Partystimmung, die sich in vielen anderen Teilen des Landes eingestellt hat, weil dort das Coronavirus unter Kontrolle scheint.

Der Blogger in Chengdu hielt es derweil für nötig, seiner vorsichtigen Kritik noch hinzuzufügen, dass die Menschen in Xinjiang Patrioten seien und sich sonst nicht leicht beschweren würden, auch nicht über die „Unannehmlichkeiten, die ihnen im Alltag durch das Stabilitätsmanagement“ entstünden. Das ist ein Euphemismus für die Unterdrückung und Überwachung der religiösen Minderheiten in Xinjiang. Man kann davon ausgehen, dass die allermeisten Klagen im Internet nicht von Uiguren, sondern von Han-Chinesen geschrieben wurden. „Weil sie es können“, sagt Yaqiu Wang von der Organisation [Human Rights Watch](#). „Wenn Minderheiten sich beschweren, müssen sie mit schweren Konsequenzen rechnen.“

Wie ist die Lage in anderen Städten?

Das mag auch der Grund dafür sein, dass aus Kaschgar und Hotan, wo besonders viele Uiguren leben, kaum Klagen über die Corona-Restriktionen zu hören sind. Beide Städte wurden ebenfalls in einen vollständigen Lockdown versetzt, obwohl dort nur vereinzelte Corona-Fälle gemeldet wurden. Menschenrechtler fürchten, dass ihre Lage in der [Quarantäne](#) noch schlimmer sein könnte, weil sie sich gegen etwaige Fehlleistungen der Behörden etwa bei der Essensversorgung nicht wehren könnten. Uigurische Aktivisten im Ausland verweisen zugleich auf die Gefahr, dass das Virus in eines der Umerziehungslager eingeschleppt werden könnte, mit verheerenden Wirkungen. „Selbst wenn das passiert, wird es keine Informationen darüber geben“, sagt Yaqiu Wang von Human Rights Watch.

Doch auch viele Han-Chinesen schrecken davor zurück oder lehnen es ab, mit ausländischen Medien über die Lage zu sprechen. Man kann vermuten, dass die Behörden sie davor gewarnt haben, wie es in China oft passiert. Zur Begründung heißt es dann, man dürfe dem Ausland nicht „das Messer“ überreichen, um China anzugreifen. Es sind Töne, die man so schon aus Wuhan kennt. Vor allem die Schriftstellerin Fang Fang wurde bezichtigt, dem Ausland mit ihrem Tagebuch über die 76 Tage des Lockdowns eben jenes Messer ausgehändigt zu haben. In China selbst kann Fang Fang deshalb im Moment gar nicht mehr publizieren.

Der Unmut in Urumtschi wächst auch deshalb, weil seit zehn Tagen keine Neuinfektion mehr in der gesamten Region Xinjiang gemeldet wurde, die viermal so groß ist wie Deutschland. Die Nachrichtenagentur Xinhua berichtete diese Woche, derzeit gebe es noch 183 bestätigte Covid-19-Fälle sowie 57 asymptomatische Fälle und 4193 Kontaktpersonen von Infizierten. Bislang haben die Behörden nicht mitgeteilt, wann der Lockdown aufgehoben werden soll. „Das Virus einzudämmen ist für die Parteifunktionäre das wichtigste Ziel, denn das entscheidet über ihre Karriere“, sagt Yaqiu Wang von Human Rights Watch. Und in Xinjiang würden Maßnahmen immer strikter umgesetzt als an jedem anderen Ort in China.

Quelle: F.A.Z.

<https://www.monopol-magazin.de/coronavirus-susanne-ristow-viral-art>

Kulturvirologin über die Corona-Krise

"Nichts ist ansteckender als Angst"

[Previous](#)



Foto: dpa

"Erbe der im kollektiven Gedächtnis bewahrten Angst vor der Pest": Menschen im italienischen Casalpusterlengo stehen vor einem Supermarkt an

[Next](#)

Text

[Daniel Völzke](#)

Datum

29.02.2020

[Save to Pocket](#)

Das Coronavirus hat die Allgegenwart von Viren erneut mit voller Wucht ins öffentliche Bewusstsein geschossen. Die Künstlerin und "Kulturvirologin" Susanne Ristow warnt im Monopol-Interview vor Panik und wirbt für Vertrauen ineinander

Susanne Ristow, Viren sind überall, wir schwimmen regelrecht jeden Tag in einem Viren-Meer, auch wenn wir selten an diese unsichtbaren infektiösen Strukturen denken. Was fasziniert Sie daran?

Vor allem der große Unterschied zu den uns vertrauter und kontrollierbarer erscheinenden Bakterien. Die Bakteriologie seit Pasteur und Koch hat unser latent biologisches Denken bis heute geprägt.

Viren jedoch sind eben nicht die immer gleiche Kopie von biologischer oder technologischer Information, sondern haben diese spezifische Neigung zu Mutation.

Susan Sonntag hat mal schön formuliert, dass das Virus ein Synonym für Veränderung sei.

Manche Forscher sprechen sogar von "Violution".

Das fasziniert auch Künstlerinnen und Künstler seit langer Zeit an der Denkfigur Virus. Neu ist, dass man um das Jahr 2000 bei der Genomforschung festgestellt hat, dass ein Großteil der menschlichen Erbinformation aus Virenresten besteht. Insofern ist es vielleicht das fremdgewordene Eigene, das uns im Virus begegnet.

Ohne Viren gäbe es gar kein menschliches Leben.

Sicher nicht in der Form, wie wir es kennen und schätzen. Andererseits gibt es natürlich auch Stimmen, die uns Menschen als viralen Befall des Weltkörpers beschreiben.

Sie haben eine sehr freundliche Sicht auf Viren, während das Coronavirus bei vielen Menschen Panik auslöst.

Das ist ganz normal, die Panik gehört zum Virendiskurs und ist ein Erbe der im kollektiven Gedächtnis bewahrten Angst vor der Pest. Wenn so eine Gefährdung auftaucht, stellt sie eine willkommene Gelegenheit dar, um biopolitische Machtverhältnisse zu erproben, worauf Giorgio Agamben im Rückgriff auf Carl Schmitts Diktum "Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet" aufmerksam gemacht hat: Wer ist es, der den Ausnahmezustand verhängen kann? Von der Quarantäne ist der Weg ins Internierungslager nicht weit. Im Zusammenhang mit dem Coronavirus wird wie in der Migrationsdebatte wieder ganz gezielt mit Alarmismen und ihrer digitalen Verbreitung als "Infodemie" gearbeitet, und in deren Fahrwasser schwimmen Rassismus, Reinheitsphantasien und vieles mehr, was nur vermeintlich dem Schutz des Lebens gilt. Sie können dieses medientheoretische Viren-Narrativ auch seit den 1990ern im Film beobachten, etwa in Wolfgang Petersens "Outbreak" oder Steven Soderberghs "Contagion". Da greifen die gleichen Muster: die Suche nach dem Patienten Zero, die Schuldfrage, der Diskurs um Verunreinigung, die Frage nach unserer Existenz im Grenzenlosen.

Wie können sich Medienkonsumenten gegen dieses Narrativ wehren?

Cool bleiben! Nichts ist ansteckender als Angst. Selbstverständlich sollte man medizinisch sinnvolle Hygiene einhalten, sich und seine Familie impfen lassen und Verschwörungstheorien von Impfgegnern mit gesunder Skepsis betrachten. Aber die Art und Weise, wie derzeit in Norditalien und mittlerweile auch bei uns in Deutschland absolut irrationale Panik der Menschen voreinander entsteht, wie Supermärkte leergekauft und asiatisch anmutende Mitmenschen in der Öffentlichkeit attackiert werden, zeigt doch, dass es eine erschreckende Ignoranz hinsichtlich des längst bekannten viralen Globalisierungswissens gibt. Weltweit miteinander vernetzt zu sein, bedeutet weitaus mehr, als nur Rohstoffe, Waren, Arbeitskräfte, Wissen und Kulturgüter miteinander auszutauschen. Wir brauchen Vertrauen ineinander.

Sie sind keine Medizinerin, aber als Bürgerin, Medienkulturwissenschaftlerin und Künstlerin gefragt: Bereitet Ihnen die Ausbreitung des Coronavirus denn keine Sorgen?

Dazu habe ich eine existentialistische Einstellung: Wir bewegen uns immer auf dünnem Eis. Ich lasse mich ungern in den Sog apokalyptischer Szenarien ziehen, bevor die Situation da ist. Vorstellbar ist eine Pandemie wie die Spanische Grippe von 1918 ebenso wie ein Dritter Weltkrieg, aber sollte ich dergleichen Vorstellungen auch noch mit Bildern oder Worten befeuern? Wir brauchen Nüchternheit, Wachheit, Humor, Mut zur Möglichkeit und Erkenntniswillen und sollten uns ohnehin an jedem Tag unseres Lebens bewusst machen, dass wir gefährdete Wesen sind und dementsprechend engagiert leben.

Sie erforschen die Denkfigur des Virus in der Kunst- und Mediengeschichte. Wo fängt das an?

Die Vorstellung vom zirkulierenden infektiösen Agenten, der Mutation und Rekombination in Entwicklungsprozessen möglich macht, sehen Künstler seit langem positiv, sogar schon *avant la lettre*, bevor man Ende der 1930er-Jahre wusste, was Viren überhaupt sind. Schon 1923 hat Tristan Tzara in seiner wunderbaren Grabrede zur Bestattung Dadas beim Bauhausfest formuliert, Dada sei eine Mikrobe, die sich in alle Zwischenräume setze, die noch nicht von Worten oder Konventionen besetzt seien. Später wird das Kunst-Virus in Latenz durch Situationismus, Lettrismus, Fluxus und William S. Burroughs wiederbelebt und weiterverbreitet. Irgendwann gibt es eine regelrechte Subversionsromantik durch die Viretheoretiker des Poststrukturalismus, die im Virus die letzte Hoffnung sehen, zu verhindern dass aus Natur wie Kultur des menschlichen Lebens ein völlig gleichgeschaltetes System wird.

Sie halten offenbar nicht allzu viel von diesen Theorien.

In unserer digitalisierten Realität des 21. Jahrhunderts darf man skeptisch sein, ob das mit der Subversion so funktioniert, wie es sich Jean Baudrillard, Jacques Derrida oder Gilles Deleuze in den 1980ern vorgestellt haben. Technologische Gleichschaltung ist eine Gefahr, die mir mehr Sorgen macht, als das Coronavirus. Immunisieren wir uns nicht infolge standardisierter Vorauswahl nurmehr durch entschäufte Erreger gegen wirkliche Kunst und Kritik? Im Moment kommt der wohl interessanteste philosophische Ansatz zum Immundiskurs, wie ihn auch Peter Sloterdijk thematisiert hat, aus Italien. Das geht bei Agamben los und wurde von Roberto Esposito ausformuliert in sein Büchern zu "Immunitas. Schutz und

Negation des Lebens" und "Communitas. Ursprung und Wege der Gemeinschaft". Er spricht von einem "Biological Turn" zum Ende des 20. Jahrhunderts und versteht Öffnung der Gemeinschaft und die teilweise Aufgabe von Immunität immer als Risiko und Möglichkeit gleichermaßen. Das Virus erscheint in diesem Zusammenhang als Ausdruck eines "unbeherrschbaren Lebensprinzips".

Viren sind Strukturen zwischen Leben und Tod und auf Zellen angewiesen. Trifft das auch für Kunst zu?

Unbedingt. Es gibt für mich als Kulturvirologin und Künstlerin kein eigenständiges "Leben der Bilder". Kunst braucht stets einen Wirtskörper, den Rezipienten. Meiner Ansicht nach funktioniert es auch nicht so, wie sich das die in der Digitalära so populäre Memetik vorstellt, dass es vermeintlich frei zirkulierende kulturelle Informationspartikel gibt, die sich zu größeren Meme-Komplexen zusammenschließen. In jedem Fall wird die menschliche Vorstellungskraft und somit ein Körper als lebendiges Trägermaterial gebraucht. Eine solche Sichtweise sorgt für Konfrontation mit den Verfechtern künstlicher Intelligenz in der Nachfolge der ersten Computerviren als "selbstreproduzierende Automaten" und erklärt übrigens ganz nebenbei auch das übergroße Interesse am Phänomen des "Untoten" in der Popkultur.

Sie sprechen häufig von "Viral Art". Ist jedes Kunstwerk an sich viral?

Nein, es bleibt ein wichtiger Unterschied, ob ein Werk durch technische Reproduktion "viral geht", oder schon nach den Kriterien des Viralen produziert wird. Es gibt Kunstschaffende mit einer spezifischen Neigung zu Viralität, die arbeiten viel mit dem durch einen Technologiewandel zu verzeichnenden massenkulturellen Prinzip des Kopierens und Weiterverbreitens, wie wir es ja auch aus der Popkultur kennen: Sampling, Mash-Up und Fake sind ebenso wie Kommunikationsguerilla viruspezifische Kulturtechniken. Das geht mit dem Collagieren und dem Zerteilen grammatikalischer Zusammenhänge bei Dada los und führt über das Cut-up auf vielen bemerkenswerten Umwegen bis zur urbanen Street-Art-Praxis und zur digitalen Partizipationskultur.

Der Coronavirus und viele andere Viren sorgen für Erkrankungen, oft mit tödlichen Ausgang. Taugt das Virus da als Metapher für Kunst, deren Großartigkeit ja gerade darin besteht, dass sie symbolisch bleibt und niemanden tötet?

Kunst ist ja keinesfalls harmlos, und man kann durchaus von Bildern besessen sein und aus der Balance geraten wie ein erkrankter Wirtskörper. Ich denke jedoch, dass uns die krisenhaft empfundene Immunreaktion auf Fremdes und Unbekanntes in der Kunst wie im Leben stärkt und belebt. Aber klar, es ist der wesentliche Unterschied zwischen Kunst und Politik, dass auf einen ersten Ausbruch in der Regel nicht gleich Notstandsgesetze folgen.

Viren tauchen immer wieder als visuelle Figuren und als Modell in Ihrer künstlerischen Arbeit auf. Die Wissenschaft braucht bildgebende Verfahren und Hilfsmittel, um Viren darzustellen. Sie konnten auch bei Forschern einen künstlerischen Ehrgeiz bei der Darstellung von Viren beobachten, haben Sie einmal erzählt.

Ich habe unterschiedliche Virologen an ihrem Arbeitsplatz besucht und war immer wieder fasziniert von deren ästhetischem Anspruch bei der Sichtbarmachung, ihrem Willen zur Wiedererkennbarkeit ihrer Bildbearbeitung. Aus grauen Rasterelektronenmikroskop-Aufnahmen, die in der Regel unscharf sind und wenig suggestives Potenzial haben, generieren künstlerisch ambitionierte Wissenschaftler im Photoshop unglaubliche Gestaltungen, die aussehen wie außerirdische Landschaftsaufnahmen. Es gibt dabei regelrechte Meister dieser teilweise schon an dieser Stelle alarmistischen Bildmaterialien: Der eine stellt Viren wie Torpedos da, der andere wie ein Raumschiff im Landeanflug. Ich habe für eine künstlerische Arbeit sieben verschiedene Typologien unterteilt, und auch in den letzten Tagen ist mir in der medialen Berichterstattung stark aufgefallen, welche symbolischen Räume sich da auftun, wenn wir die verbreiteten Bildmotive genauer betrachten.

Die Strukturen der Kapsids, der Proteinhüllen von Viren, sind komplexe geometrische Körper. Sehen Sie darin auch Schönheit?

Auf jeden Fall, ich bewundere beispielsweise die mathematische Virologie oder die biologischen Strukturanalogien zwischen Viren und Pflanzenkapseln, aber ich finde es noch bemerkenswerter, was aus diesen ursprünglich unsichtbaren Formen in der Wissensvermittlung gemacht wird. Besonders schön finde ich etwa die allerersten Darstellungen von Viren, die ähnliche wie die Modelle nach der Entdeckung der DNA-Doppelhelix in mühevoller Handarbeit als an Architektone Buckminster-Fullers erinnernde Plastiken entstanden. Da kamen wie einst in den Wunderkammern wissenschaftliche und künstlerische Herangehensweise an die Welt zusammen und so hat auch heute mit dem konnektiven "Prinzip Virus" wieder alles mit allem zu tun. Dieses künstlerisch-wissenschaftliche Zusammenhangsdenken nenne ich Kulturvirologie.

<https://www.bernerzeitung.ch/ausland/asien-und-ozeanien/wir-sind-keine-haeftlinge-warum-bringt-man-uns-dorthin/story/29446455>

«Wir sind keine Häftlinge – warum bringt man uns dorthin?»

Australien fliegt wegen des Coronavirus rund 250 Bürger aus der abgeriegelten Stadt Wuhan aus und interniert sie auf einer Insel im Indischen Ozean.

Zita Affentranger

Aktualisiert: 03.02.2020, 14:06



Viele Kinder erwartet nun das Leben im Internierungslager: Passagiere in Sidney. Foto: Keystone

Die Maschine der australischen Fluggesellschaft Qantas ist auf der Militärbasis Learmonth an der Nordwestküste Australiens gelandet. Von den rund 250 Passagieren an Bord sind 89 Kinder unter 16 Jahren. Das australische Fernsehen zeigte Bilder von langen Schlangen, die Menschen mussten stundenlang auf den Abflug warten.

Endlich in Australien angekommen, ist ihre Reise aber noch nicht vorbei: Von Learmonth werden sie jetzt mit Militärflugzeugen in die entfernteste Ecke des Landes gebracht, auf die Weihnachtsinsel.

Im Naturparadies steht ein Internierungslager

2700 Kilometer ist das Eiland vom Festland entfernt, nach Indonesien ist es wesentlich näher, nämlich nur gerade 350 Kilometer. Er sehe keine andere Möglichkeit, sagte der australische Innenminister, er könne nicht einfach Hunderte Menschen zur Quarantäne in Spitälern aufnehmen. Andere Länder haben die Ausgeflogenen in Militärspitälern oder extra errichteten Zentren untergebracht.

Die Australier reisen also von Wuhan auf eine verwunschene Insel mitten im Indischen Ozean, die eigentlich auf die lange Liste von Touristenattraktionen gehören sollte: tropischer Regenwald, wilde, palmengesäumte Strände, Korallenriffe und rundherum strahlend blaues Meer.

Doch die Weihnachtsinsel ist kein glücklicher Ort.

In dem Naturparadies steht ein Internierungslager, umzäunt von einem hohen, elektrisch geladenen Stacheldrahtzaun. Es gibt Bewegungsmelder, Kameras in jedem Raum.



Bereit für die Aufnahme der Evakuierten: Lagerzelt auf der Weihnachtsinsel. Fotos: Twitter

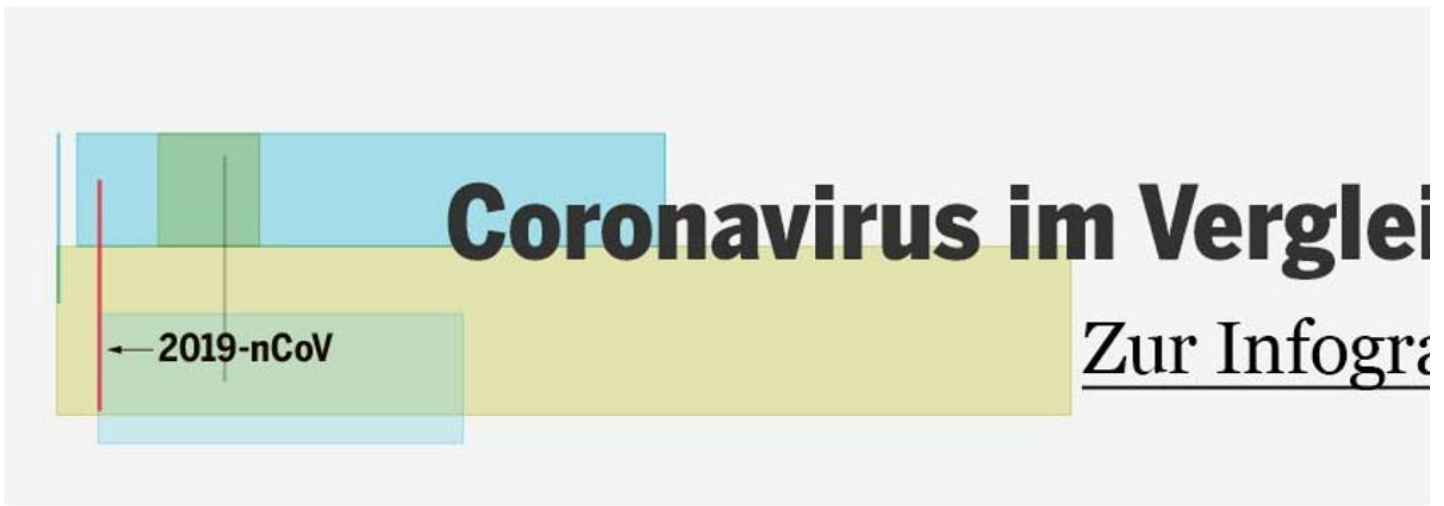
Tausende Bootsflüchtlinge hatte Australien hier interniert.

Die Anlage war lange komplett überbelegt, immer wieder gab es Selbstmorde, Hungerstreiks, Aufstände.

Einzelne Häftlinge nähten sich aus Protest gegen ihre Behandlung die Lippen zusammen. Wegen der massiven internationalen Kritik wurde das Lager geschlossen, letztes Jahr aber wieder in Bereitschaft versetzt. Derzeit beherbergt die Anlage nur eine sri-lankische Familie, die hier gestrandet ist. Und eben die eintreffenden Australier aus Wuhan.

«Wir sind keine Häftlinge, warum bringt man uns dorthin?», fragt eine Frau.

Die meisten von ihnen sind zwar froh und dankbar, aus der abgeriegelten Stadt herauszukommen. Die Aussicht, ausgerechnet auf der Weihnachtsinsel in Quarantäne genommen zu werden, verunsichert aber viele. Das australische Fernsehen berichtet vor allem von chinesischstämmigen Australiern, die lieber in der Stadt bleiben, als auf die isolierte Insel gebracht zu werden: «Wir sind keine Häftlinge, warum bringt man uns dorthin?», fragt eine Frau. «Die Weihnachtsinsel ist noch unberechenbarer als Wuhan», sagt ein Mann, der seine Familie in der abgeriegelten Stadt hat.



[Zum Inhalt](#)

Manche werfen der Regierung vor, sie hätte keine so rigide Lösung gewählt, wenn es sich bei den Evakuierten vor allem um weisse Australier handeln würde. Die Regierung weist die Vorwürfe vehement zurück. Man entscheide nach rein medizinischen Gesichtspunkten.

Wenn alles gut läuft, werden die Menschen aus Wuhan nur 14 Tage auf der Insel verbringen müssen. Wird in dieser Zeit jedoch jemand in der Gruppe krank, werden die Tage wieder von vorne gezählt. Und eigentlich ist das Lager nicht ausgerüstet als Quarantänestation. Die medizinische Versorgung im Internierungslager hatte ebenfalls immer wieder negative Schlagzeilen gemacht. Deshalb hat die Regierung nun ein Feldlazarett auf die Insel bringen lassen, in dem die Neuankömmlinge behandelt werden sollen. Die blauen Zelte wurden die letzten Tage aufgebaut, medizinisches Personal eingeflogen.



In diesem Feldlazarett werden die Evakuierten behandelt.

Zu den nun rund 250 Menschen sollen die nächsten Tage noch einmal so viele dazukommen. Es werde einen zweiten Repatriierungsflug geben diese Woche, wurde den Menschen erklärt. Sicher ist das aber offenbar nicht mehr. Aussenministerin Marise Payne erklärte heute, sie könne nicht garantieren, dass es diesen Flug überhaupt geben werde.

Weiter nach der Werbu

<https://www.vienna.at/coronavirus-einblick-in-wiens-geheimes-und-streng-gesichertes-pandemielager/6749942>

You Might Also Like



[Börsenexperte verschenkt sein neues Buch. Das wird der Finanz-Industrie nicht gefallen. Felix Haupt](#)

[Börsenexperte verschenkt sein neues Buch. Das wird der Finanz-Industrie nicht](#)



[FPÖ-Chief Hofer positiv auf Coronavirus getestet VIENNA.AT](#)

Coronavirus: Einblick in Wiens geheimes und streng gesichertes Pandemielager

[1 Kommentar](#)

23.09.2020 14:19 (Akt. 23.09.2020 19:39)

Das große Pandemielager der Stadt ist derzeit wohl einer der wichtigsten, geheimsten und meist gesicherten Orte Wiens. Für den weiteren Verlauf der Coronavirus-Pandemie liegt hier ein Vorrat an Schutzausrüstung und Schutzmaterialien bereit, der im Falle eines Versorgungsengpasses für zwölf Wochen reichen würde. Am Mittwoch wurde Journalisten ein Einblick in das Areal mit den eisernen Reserven gestattet.

[Das Pandemielager in Wien](#)

Von außen sieht das Pandemielager aus wie eine ganz normale große Lagerhalle, wie es sie überall in Wien gibt. Kaum einer würde erahnen, dass sich im Inneren Kartons und Waren im Wert von 50 Mio. Euro stapeln, mit denen die Stadt sich für den Fall gerüstet hat, dass die weltweite Nachfrage nach Schutzmaterialien wieder ansteigt - wie es im Frühling der Fall gewesen ist.

Pandemielager in Wien wird streng bewacht

Das Gelände wird streng bewacht, Journalisten müssen vor dem Zutritt Unterlassungserklärungen unterschreiben - der genaue Standort darf nicht verraten werden - und sich einem Fieber-Check unterziehen. "Hier lagert Ware im Wert von vielen Millionen Euro und ich denke, wir wollen nicht riskieren, dass irgendwer meint, das ist ein besonderer Ort, wo man lustige, dumme Aktionen machen kann. Deswegen haben wir um große Vertraulichkeit gebeten, wo das Lager ist", erklärte Gesundheitsstadtrat Peter Hacker (SPÖ), der bei dem Rundgang ebenso dabei war wie der burgenländische Soziallandesrat Leonhard Schneemann (SPÖ). Denn auf dem Areal ist nicht nur Ware für Wien, sondern auch für das Burgenland gebunkert.

Das Lager gibt es seit knapp zwei Monaten und wird stetig befüllt. Bisher wurden rund 200 Sattelzüge mit diversen Schutzmaterialien angeliefert. Die Mengen sind entsprechend groß: 100.000 Liter Desinfektionsmittel und -konzentrate, 16,3 Mio. Handschuhe, 28 Mio. Schutzmasken, 11,2 Mio. Schutzmäntel, Schutzoveralls und Schutzkittel, 1,8 Mio. Schutzbrillen, Schutzhauben und OP-Überhandschuhe sowie 52.000 Sauerstoffmasken und -brillen. Auch die wichtigsten Testkits für PCR-Abstriche sind hier gebunkert.

Versorgung der kritischen Infrastruktur mit Schutzmaterialien

Hacker betonte, dass die Versorgungswege mit klaren Verträgen bis in die asiatischen Länder gesichert seien. "Wir sind seither in der Lage, sämtliche Einrichtungen der kritischen Infrastruktur in Wien und auch für das Bundesland Burgenland mitzuversorgen." Bezahlt werde die Ware nach Erhalt und wenn die Qualität passt.

Zu den Einrichtungen, die Material aus dem Lager erhalten, zählen die stationäre und mobile Pflege, Betreuungseinrichtungen im Sozialbereich, Rettungsdienste, Krankentransporte, Einsatzorganisationen, Covid-Betreuungseinrichtungen, niedergelassene Ärzte, Schulen, Kindergärten und die Fondsspitäler in der Stadt. Die Ausrüstung für die städtischen Spitäler des Wiener Gesundheitsverbundes (WIGEV) befindet sich in einem zweiten, kleineren Lager.

Die Verwaltung und Ausgabe der Utensilien erfolgt über den Einsatzstab nach einem vorgegebenen System. Aktuell sind vier Mitarbeiter von der Berufsrettung im 24-Stunden-Dienst damit betraut. Einrichtungen können ihren Bedarf anmelden und Bestellungen aufgeben. Die Anforderungen werden dann überprüft, vorbereitet und ausgegeben.

"Ein stetiges Kommen und Gehen"

"Wir erhalten tagtäglich neue Waren, wir verteilen jeden Tag neue Waren. Es ist ein stetiges Kommen und Gehen", erzählte der für das Lager verantwortliche, diensthabende Hauptinspektionsoffizier Raphael Klippl der APA. Geliefert wird aus aller

Welt - vor allem aus Europa und dem asiatischen Raum. Die kürzeste Anreise hat dabei das Desinfektionsmittel, es wird in Österreich hergestellt.

"Wir sind gut gerüstet und erwarten ständig neue Lieferungen", versicherte Hacker. Die Neuzugänge sollten unterzubringen sein, denn: Ein wenig Platz gibt es in der mehrere Tausend Quadratmeter großen Lagerhalle noch, wie sich beim Rundgang zeigte.

[» Mehr Infos und Nachrichten rund um die Coronakrise](#)

(APA/Red.)

Jetzt zur VIENNA.AT Startseite

<https://www.spektrum.de/news/wie-neuseeland-das-coronavirus-noch-einmal-eliminieren-will/1760246>

Sars-CoV-2 in Neuseeland: »Wir dachten, wir hätten das Virus besiegt«

Mehr als 100 Tage war Neuseeland ohne lokale Infektionen. Nun ist Sars-CoV-2 zurück. Das ist ein Rückschlag für die Eliminierungsstrategie des Landes, aber nicht ihr Ende, sagt die Epidemiologin Amanda Kvalsvig.

von [Dyani Lewis](#)



© ArtistGNDphotography / Getty Images / iStock (Symbolbild mit Fotomodell) (Ausschnitt)

Exklusive Übersetzung aus **nature**

Bis vor einer Woche galt Neuseeland noch als Vorbild dafür, wie man mit frühen und strikten Maßnahmen das neue Coronavirus erfolgreich eindämmen kann. Seit Anfang Mai hatte sich den offiziellen Zahlen zufolge im Land selbst niemand mehr mit Sars-CoV-2 angesteckt. Doch dann kam am 11. August die Wende, als in Auckland neue Fälle gemeldet wurden. Amanda Kvalsvig ist Epidemiologin an der University of Otago in Wellington und hat das Land bei seiner Reaktion auf Covid-19 unterstützt. Im Interview spricht sie über das entschlossene Handeln der Verantwortlichen und darüber, ob es überhaupt noch möglich ist, das Virus, wie von der neuseeländischen Regierung anvisiert, zu eliminieren.



ANZEIGE  [powered by plista](#)

Wie hat sich die Stimmung in Neuseeland verändert?

Die neuen Fälle waren ein Schock. Als sie bekannt gegeben wurden, gab es in Neuseeland mehr als 100 Tage, in denen trotz umfangreicher Tests keine Übertragung innerhalb der Bevölkerung festgestellt werden konnte. Das Land befand sich auf der niedrigsten Alarmstufe, die ein nahezu normales Leben ermöglichte, abgesehen von strengen Kontrollen, die Reisende aus Übersee dazu verpflichteten, zwei Wochen in einer Quarantäneeinrichtung zu verbringen. Es herrschte der Eindruck, dass wir das Virus besiegt hätten – obwohl Regierungsbeamte und Gesundheitsexperten vor Selbstgefälligkeit warnten. Nun ist die Angst weit verbreitet. Menschen stehen in langen Schlangen vor Covid-19-Teststationen, und manche machen Panikkäufe in Supermärkten.

Und wie hat das Gesundheitswesen auf die neuen Infektionen reagiert?

Die Reaktion war rasch und wurde durch entschlossene Maßnahmen der Regierung unterstützt. Für die Region Auckland, in der die Fälle entdeckt wurden, gilt nun Alarmstufe drei, die zweithöchste von vier Warnstufen. Die Menschen sind angewiesen, ihre Häuser nur aus wichtigen Gründen zu verlassen. Der Rest des Landes befindet sich auf Alarmstufe zwei, die Maßnahmen zur physischen Distanzierung und Beschränkungen für Massenversammlungen umfasst. Personen mit Covid-19 sowie ihre Kontakte werden getestet und nachverfolgt. Dies sind die bekannten Maßnahmen. Es gibt aber auch einige neue Ansätze. So empfiehlt die Regierung, beispielsweise Gesichtsmasken zu tragen, und Menschen, bei denen eine Infektion nachgewiesen wurde, verbringen ihre Isolationsperiode künftig in speziellen Einrichtungen statt zu Hause.



© Luke Pilkinton-Ching, University of Otago (Ausschnitt)

Amanda Kvalsvig | »Die neuen Fälle waren ein Schock«, sagt die Epidemiologin von der University of Otago im neuseeländischen Wellington.

Gemeinsam mit anderen Gesundheitsexperten habe ich mich nachdrücklich für die bevölkerungsweite Verwendung von Masken ausgesprochen. Sie könnte dem Land helfen, künftige Lockdowns zu verhindern. Klare Empfehlungen zu Risiken wären ebenfalls hilfreich. So gibt es zum Beispiel Hinweise darauf, dass das Virus leicht in geschlossenen Räumen übertragen wird, in denen die Menschen laut sprechen, lachen und singen. Dies verändert unsere Sicht auf Großveranstaltungen und gibt uns ein differenzierteres Gefühl dafür, wo die Risiken liegen.

Was weiß man über die Quelle des Ausbruchs?

Die neuen Fälle kamen ans Licht, als eine Person im Alter von etwa 50 Jahren Symptome entwickelte und sich testen ließ. Nachdem dieser Test positiv ausfiel, wurden auch die übrigen Mitglieder des Haushalts und andere Kontakte getestet, um weitere Fälle zu identifizieren. Alle neuen Fälle scheinen Teil desselben Clusters zu sein, doch wir wissen noch nicht, wann das Virus genau zurück ins Land kam. Das ist beunruhigend, denn so bleibt unklar, wie lange dieser Ausbruch bereits schwelt und wie viele andere Fälle wir möglicherweise übersehen haben. Im Idealfall ermöglichen es Untersuchungen den Gesundheitsbehörden, zunächst die Quelle jeder einzelnen Infektion zu identifizieren und anschließend weitere enge Kontakte dieser Quelle ausfindig zu machen. Die Behörden untersuchen derzeit die Möglichkeit, dass das Virus auf einer Verpackung im Kühlhaus angekommen ist. Es ist sicherlich sinnvoll, dieser Spur nachzugehen, aber die bisherigen weltweiten Erfahrungen mit Covid-19 deuten darauf hin, dass der Ausbruch viel wahrscheinlicher durch engen Kontakt von Mensch zu Mensch entstanden ist, entweder auf dem Weg nach Neuseeland oder während der Quarantäne an der Grenze.

Könnte sich das Virus bereits seit einiger Zeit unbemerkt in der Bevölkerung verbreitet haben?

Es ist möglich, dass mehrere Schritte zwischen den aktuellen Fälle und dem Fall oder den Fällen liegen, mit denen das Virus wieder zurück ins Land kam. In etwa einem Drittel der Fälle verursacht Covid-19 keine Symptome, so dass sich eine Übertragungskette über mehrere Generationen hinweg ausbreiten könnte, bevor es jemandem schlecht genug geht, um einen Test durchführen zu lassen. Zudem machen es Husten und Erkältungen im Winter schwieriger, Ausbrüche von Covid-19 zu identifizieren. Neuseeland nutzt ein Überwachungssystem, um grippeähnliche Erkrankungen zu verfolgen. In den vergangenen Wochen hatten wir keinen signifikanten Anstieg zu verzeichnen; tatsächlich liegt die Inzidenz immer noch weit unter dem, was wir zu dieser Jahreszeit normalerweise gewohnt sind. Das ist ermutigend, denn es deutet darauf hin, dass wir vermutlich keinen massiven Covid-19-Ausbruch übersehen haben, auch wenn wir in den kommenden Tagen sicher weitere Fälle entdecken werden. Es ist wahrscheinlich, dass das Virus erst vor Kurzem über die Grenze gelangt ist. Es wäre jedoch gut, zu wissen, wann und wie genau das passiert ist.

Wie tödlich ist das Coronavirus? Was ist über die Fälle in Deutschland bekannt? Wie kann ich mich vor Sars-CoV-2 schützen? [Diese Fragen und mehr beantworten wir in unserer FAQ](#). Mehr zum Thema lesen Sie auf unserer Schwerpunktseite [»Ein neues Coronavirus verändert die Welt«](#). Die weltweite Berichterstattung von »Scientific American«, »Spektrum der Wissenschaft« und anderen internationalen Ausgaben haben wir zudem [auf einer Seite](#) zusammengefasst.

Was könnte uns die Genomik über den jüngsten Ausbruch verraten?

Die genomische Epidemiologie ist ein leistungsstarkes Instrument, um Ausbrüche bis zur Quelle zurückzuverfolgen. Deshalb ist sie besonders relevant für die aktuelle Situation, in der der ursprüngliche Fall noch unbekannt ist. Genomsequenzierung wurde bereits Anfang des Jahres zur Untersuchung von Covid-19-Clustern in Neuseeland eingesetzt. In mehreren Fällen konnten die Forscher Fälle mit einem bekannten Cluster in Verbindung bringen, selbst wenn die herkömmlichen Methoden des Gesundheitswesens versagten. Und umgekehrt lassen sich so auch Fälle identifizieren, in denen Infektionen durch engen Kontakt der betreffenden Personen miteinander verbunden zu sein scheinen, in Wirklichkeit aber zu getrennten Clustern gehören. Wenn sich herausstellt, dass alle Fälle in Auckland aus einem Cluster stammen, ist das eine gute Nachricht für die Ausbruchskontrolle. Gibt es aber mehr als einen Cluster, deutet dies auf eine weiter verbreitete Übertragung hin.

Neuseeland hat bislang auf die Eliminierung des Virus gesetzt. Legt der jüngste Ausbruch nahe, dass dies nicht möglich ist?

Wir wissen, dass eine Eliminierung möglich ist, weil Neuseeland es schon einmal geschafft hat, die Übertragung des Virus in der Bevölkerung komplett zu unterbinden. Wir gehen davon aus, dass wir uns in absehbarer Zeit immer wieder in diesen Zustand hinein- und aus ihm herausbewegen werden. Das Ziel ist es, die Übertragung in der Bevölkerung weiterhin komplett zu unterbinden. Doch Infektionen, die über die Grenzen von außen eingeschleppt werden, werden das Land immer wieder bedrohen. Kein Grenzkontrollsystem ist zu 100 Prozent sicher. Doch da wir von einem Punkt aus starten, an dem wir das Virus bereits einmal eliminiert haben, sollte es machbar sein, jeden neuen Ausbruch mit den uns zur Verfügung stehenden Kontrollmaßnahmen einzudämmen, einschließlich Fall- und Kontaktmanagement, physischer Distanzierung und Maskennutzung.



Das könnte Sie auch interessieren: [Spektrum Kompakt: Krisen meistern – Was uns in schwierigen Zeiten hilft](#)

Wir hatten das Glück, in Neuseeland eine hervorragende politische und wissenschaftliche Führung zu haben. Das hat zu schnellen und entschlossenen Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung geführt. Ein Schlüsselement der neuseeländischen Reaktion war außerdem die ausgezeichnete Kommunikation mit der Bevölkerung über das, was geschieht und was von ihr erwartet wird.

Die strengen Maßnahmen haben viele Menschen in Not gebracht. Dass sie trotzdem weiterhin befolgt werden, ist ein Zeichen für das Vertrauens, das die Menschen derzeit ihrer Regierung entgegenbringen. Wir haben enormes Mitgefühl und Einfallsreichtum im ganzen Land erlebt. Die Kontrollmaßnahmen haben die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten, vor allem die Maori und die Bewohner der Pazifikregion, besonders hart getroffen. Doch die Gemeindeorganisationen, hauptsächlich die der Maori, haben wichtige Unterstützung geleistet. Sie haben Lebensmittelpakete verteilt und die Gesundheits- und Sozialdienste neu ausgerichtet, damit auch die Bedürftigsten Zugang haben.

nature

© Springer Nature Limited

Nature [10.1038/d41586-020-02402-5](https://doi.org/10.1038/d41586-020-02402-5) 2020

Diesen Artikel empfehlen:

-
-
-
-
-
-
-



Dyani Lewis

Die Autorin ist Journalistin und schreibt unter anderem für »Nature.«

<https://idas.noblogs.org/?p=3668>

AfD-Politiker und Polizist Wippel befürwortet „Internierungslager“

Mit Masken und Abstand, aber nicht immer mit Anstand haben am Mittwoch und Donnerstag die Landtagsmitglieder unter anderem über Corona, aber auch über Islamismus und den Umgang mit sogenannten Gefährdern diskutiert. Während die AfD bei der Pandemie auf verlorenem Posten steht, ist sie sich in einem anderen Punkt mit der CDU einig geworden: Nach Syrien soll wieder abgeschoben werden. Ein rechter Abgeordneter bedauerte zudem, dass es keine „Internierungslager“ gibt.

Beitrag vom 05.11.2020, 16:00 Uhr | Im Bild: Der AfD-Abgeordnete Sebastian Wippel.



Gefährder „irgendwo in die Pampa“ schicken?

Der AfD-Abgeordnete [Sebastian Wippel](#) hat in einer Landtagsdebatte „die Abschiebehaft oder eine Internierung“ für sogenannte Gefährder gefordert und bedauert, dass es keine „Internierungslager“ gibt. „Wir befinden uns im Krieg mit dem Islamismus“, sagte Wippel am Mittwoch vor dem Hintergrund des schweren Gewaltverbrechens, bei dem am 4. Oktober in Dresden zwei Männer mit einem Messer angegriffen und schwer verletzt worden sind. Einer von ihnen, der 53-jährige Thomas L., erlag im Krankenhaus seinen Verletzungen. Später wurde Abdullah H. als Tatverdächtiger gefasst, gegen ihn ermittelt der Generalbundesanwalt wegen Mordes aus einem mutmaßlich schwulenfeindlichen Motiv. Bis kurz vor der Tat hatte H. in Haft gesessen, weil er versucht hatte, Mitglieder für den „Islamischen Staat“ anzuwerben.

Wippel bemängelte in seiner Rede, dass die Landesregierung zu wenig unternommen habe, um den 20-Jährigen abzuschicken, der aus Syrien stammt und seit mehreren Jahren als Gefährder eingestuft war. Ihm hätte eine Wohnsitzauflage erteilt werden können, sagte der AfD-Politiker, [der von Beruf Polizeibeamter ist](#). „Warum lasse ich ihn in Dresden rumlaufen, und nicht irgendwo in der Pampa?“, fragte er – und bestätigte auf Nachfrage, dass sämtliche Gefährder in ländliche Gegenden verbracht werden sollten. „Wenn ich schon kein Internierungslager habe, wo diese Person ist, dann muss ich ihn in einen Bereich bringen, wo ich ihn kontrollieren kann“, sagte er zur Erklärung und stieß damit auf breites Unverständnis.

Die Polizei kann zwar Personen als Gefährder einstufen, von denen sie annimmt, dass sie schwere Straftaten begehen könnten. Doch das Konzept ist umstritten, eine einheitliche Definition des Begriffs fehlt, konkrete Zahlen nennen Behörden nicht. In Sachsen bewegen sie sich im unteren zweistelligen Bereich, darunter sind auch deutsche Staatsbürger*innen. Mehrere verurteilte Rechtsterroristen, darunter ein Zwickauer NSU-Unterstützer, werden nur als „relevante Person“ geführt, unterhalb der Gefährder-Ebene. Im Bereich des Islamismus hingegen sind Gefährder teils strafrechtlich unbescholten oder durch Verstöße gegen das Straßenverkehrsgesetz bekannt. Bei ausländischen Gefährdern kann gleichwohl die Abschiebung angeordnet werden. So war es bei Abdullah H. geschehen, wurde aber nicht umgesetzt, weil ein Abschiebestopp nach Syrien gilt.

CDU ernetzt Widerspruch aus der eigenen Koalition

In diesem Punkt kam die CDU der AfD weit entgegen. Innenpolitiker Rico Anton sagte in der Plenardebatte, dass künftig Ausnahmen ermöglicht werden müssen, und stellte die maßgeblichen Lagebilder des Auswärtigen Amtes in Frage. Es sei „nicht belegbar“, dass es in Syrien keinen sicheren Ort gibt, Bundesaußenminister Heiko Maas müsse „genauer hinschauen“ und diplomatische Beziehungen zum Assad-Regime oder „Gesprächsfäden zu Entscheidern vor Ort“ aufbauen. Innenminister Roland Wöllner (CDU) sagte daraufhin, dass sich Sachsen im Rahmen der Innenministerkonferenz bereits seit zwei Jahren dafür einsetze, Abschiebungen in „befriedete Gebiete“ Syriens zu ermöglichen. Welche das sind, sagten weder CDU, noch AfD.

Doch innerhalb der Koalition ist dieser Vorstoß hochumstritten. Das machte SPD-Innenpolitiker Albrecht Pallas klar: Seine Partei befürworte Abschiebungen zwar „als letztes Mittel“, in Richtung Syrien sei das aber rechtlich und faktisch nicht möglich. Valentin Lippmann (Grüne) verwahrte sich gegen unsachliche „Abschiebedebatten“, denn „Syrien ist und Syrien bleibt ein Kriegsgebiet“. Beim Umgang mit dem Islamismus müsse es vielmehr darum gehen, Radikalisierungsprozesse zu verstehen und zu unterbinden. Bei Twitter widersprach die grüne Justiz- und Europaministerin Katja Meier dem konservativen Koalitionspartner „ganz klar“, für einen Rechtsstaat „verbietet sich eine Abschiebung in ein Bürgerkriegsland“.

Die AfD behauptete gestern, dass der Islamismus nur durch ihre Initiative zur Sprache gekommen sei. Tatsächlich hatte die Plenarsitzung am Mittwochvormittag mit einer Schweigeminute für die Opfer der Attentate in Nizza, Lyon, Paris, Wien und Dresden begonnen. Unmittelbar danach warnte Ministerpräsident Michael Kretschmer im Rahmen einer Regierungserklärung vor der Bedrohung durch Islamismus und Terrorismus, verwahrte sich aber auch gegen eine

Aufwiegelung und Abwertung von Teilen der Bevölkerung. „Muslime leben in diesem Land, sie sind Teil unserer Gesellschaft und wir schützen sie, wenn sie in Misskredit gebracht werden.“ Kretschmers Amtsvorgänger Stanislaw Tillich (CDU) hatte vertreten, dass der Islam nicht zu Sachsen gehöre.

„Parlamentarischer Arm der Corona-Leugner“

Größtes Thema an beiden Plenartagen war die [Eindämmung der Corona-Pandemie](#). Der Ministerpräsident verteidigte die aktuell geltenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens und kritisierte Auffassungen, die letztlich darauf hinauslaufen würden, Menschen sterben zu lassen. „Das sind die Gleichen, die auch ‚absaufen, absaufen‘ oder ‚ausschwitzen, ausschwitzen, rufen“, sagte er im Hinblick auf gängige Pegida-Parolen. In der vergangenen Woche hatte im Bundestag der dortige AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland die Pandemie mit dem Straßenverkehr verglichen, den man nicht abschaffe, obwohl es mehr Verkehrstote als Covid-19-Opfer gebe. Steigende Infektionszahlen nannte Gauland „Kriegspropaganda“, Absprachen der Bundeskanzlerin Merkel mit den Ministerpräsident*innen der Länder das Werk eines „Kriegskabinetts“.

Kretschmer sagte, man habe nicht länger warten können, „bis auch der letzte Populist“ die Gefahr verstanden hat. Jörg Urban nahm dazu für die AfD-Fraktion Stellung und kritisierte „drakonische Pauschalverbote“, die einer „Hinterzimmerdemokratie“ entspringen würden. Man sei „weit von einer medizinischen Katastrophe entfernt“. Anstelle eines Lockdowns für alle solle man eher die Ausbreitung des Virus „bei Großhochzeiten arabischer Clans“ untersuchen und sich auf Bevölkerungsgruppen konzentrieren, denen „Regeln völlig egal“ sind, etwa „Jugendliche mit überwiegend Migrationshintergrund“.

Stattdessen werde die derzeitige Krise instrumentalisiert, „um politisch Unbequemes das Leben schwer zu machen“, behauptete Urban. CDU-Fraktionschef Christian Hartmann widersprach entschieden, in den sächsischen Hochinzidenz-Regionen seien Großhochzeiten wohl derzeit nicht das Problem. Eigene Vorschläge bleibe die AfD schuldig, „dazu sind Sie weder willens, noch in der Lage“. Für Rico Gebhardt (LINKE) zeigten die Ausführungen der AfD, dass nicht nur die Pandemie bekämpft gehöre – „sondern auch der parlamentarische Arm der Verschwörungstheoretiker und der Corona-Leugner“.

<https://www.presse.online/2020/09/15/der-corona-knast/>

Der Corona-Knast



Veröffentlicht von [Presse](#)

Immer mehr Regierungen sperren vermeintlich Infizierte — und vorsichtshalber auch verdächtige Kontaktpersonen — in sogenannte Quarantäne-Camps

Berlin- Weltweit verschärft sich der Hygieneterror. Wer noch immer nicht begreift, auf welche Zukunft die Coronakrise hinausläuft, der sollte nach Neuseeland blicken — einem Land, das bislang als gefestigte Demokratie galt. Der dortigen Regierung genügt es nicht mehr, dass positiv auf SARS-CoV-2 Getestete sich zu Hause selbst isolieren. Weil sie daheim Mitbewohner und Besucher anstecken könnten, werden sie nun zwangsweise außerhalb untergebracht — in sogenannten Quarantäne-Camps (1). Dazu werden Kongresszentren, Hotels und Stadien umfunktioniert (2).

Es handle sich um regelrechte Covid-Konzentrationslager, so empören sich entsetzte Kritiker. Gefängnisse auf Zeit sind die „Camps“ auf jeden Fall. Widerspruch ist aussichtslos, kein Anwalt kann helfen. Die Haft dauert mindestens zwei Wochen. Kein ordentliches Gerichtsverfahren geht ihr voraus. Nach vierzehn Tagen endet sie nur bei guter Führung.

Wie der neuseeländische Director General of Health („Generaldirektor für Gesundheit“, Gesundheitsminister) Ashley Bloomfield bei einer Pressekonferenz bekannt gab, gelte die obligatorische Quarantäne sowohl für neu Infizierte als auch für Verdachtsfälle unter engen Familienmitgliedern. Diese Vorgehensweise zeige, „wie ernst wir es meinen, wenn es darum geht, das Risiko einer andauernden Übertragung zu begrenzen. (...) Das wird uns dabei helfen, eine weitere unbeabsichtigte Ausbreitung zu vermeiden“ (3).

„Ständig überwacht“

Wie eine solche Quarantäne aussieht, erläuterte Jacinda Ardern, seit Herbst 2017 Neuseelands 40. Prime Minister (Premierministerin), ihrem Volk in einer Videobotschaft. Jede einzelne Aktivität in diesen Lagern werde überwacht. Wer sich weigere, sich testen zu lassen, werde gezwungen, über längere Zeit im Camp zu bleiben. „Damit sind wir die Strengsten der Welt“, verkündete die Regierungschefin stolz.

„Es gibt Länder, die eine Selbstisolierung fordern — wir gehen noch einen Schritt weiter. Wenn sich jemand in einen gemeinsam genutzten Raum begibt oder frische Luft schnappen will, so darf er das nicht alleine. Ob er sich nun in einem Raum aufhält, ihn verlässt oder ins Freie geht — er wird ständig überwacht. Wir haben Millionen von Dollar investiert, um dies zu ermöglichen. (...) Was tun wir mit Menschen, die sich nicht testen lassen wollen? Das können sie jetzt nicht mehr. Solange sich jemand weigert, lassen wir ihn nicht nach zwei Wochen wieder frei — er muss für weitere 14 Tage in der Quarantäneeinrichtung bleiben“ (4).

Auf welchen „äußersten Notstand“ reagiert die Regierung derart drastisch, mit verfassungswidriger Freiheitsberaubung? Seit dem 28. Februar 2020, als in Neuseeland der erste Corona-Fall aktenkundig wurde, verzeichnet die einstige britische Kolonie gerade mal 22 (!) Covid-19-Todesfälle (5) — das sind im Schnitt weniger als 3 (!) pro Monat.

Die offizielle Anzahl „aktiver“ Fälle in dem südpazifischen Inselstaat lag am 24. August 2020 bei 123 — wobei „aktiv“ nicht bedeutet, dass die Betroffenen ansteckend sind“, wie das Gesundheitsministerium auf seiner Website selbst einräumt. Es heißt lediglich, dass sie „labordiagnostisch bestätigt“ sind — ein positives Testergebnis liegt vor. Nur zehn (!) „Aktive“ werden momentan in Krankenhäusern behandelt (6). Seit Jahresanfang haben über 700.000 Tests bloß 1.339 „bestätigte Fälle“ ergeben — eine Positivrate von lächerlichen 0,00019 Prozent (7).

Dabei verwendet Neuseelands Gesundheitsministerium den Begriff der „Covid-19-Infektion“ auf eine Weise, die seine fachliche Inkompetenz aufs Peinlichste bloßstellt. Anscheinend weiß es noch nicht einmal, dass das „d“ in „Covid-19“ für „disease“ steht — für eine *Krankheit*. Corona-„infiziert“ zu sein besteht aber in vier von fünf Fällen darin, *kein* Patient zu sein, sondern symptomfrei zu bleiben, putzmunter und kerngesund. Ebenso wenig sind alle positiv Getesteten „infiziert“ — der PCR-Test reagiert bei ihnen womöglich bloß auf ein Genomschnipsel, das auch nach überstandener Erkrankung noch bis zu fünf weitere Wochen lang im Körper verbleiben kann. Und selbst wenn es sich um ein aktives SARS-CoV-2 handeln würde, besagt der Test nichts über die „Viruslast“: die Menge der Erreger. Es müssten Abermillionen sein, um eine Person krankzumachen und auf ihre Umgebung überzuspringen.

Vier Erkrankte, null Tote rechtfertigen ein Notstandsregime?

Obwohl der vermeintliche Killerkeim kaum ein Land mehr verschonte als Neuseeland, entwickelte die Regierung von Anfang an einen brennenden Ehrgeiz, sich in puncto Seuchenschutz von niemandem überbieten zu lassen. Seit dem 19. März 2020, kaum drei Wochen nach dem ersten Corona-Fall, schloss sie die Grenzen für neu Einreisende aus dem Ausland (8). Zu diesem Zeitpunkt verzeichnete das Land gerade mal 49 Bürger mit positivem Test auf SARS-CoV-2. Von der internationalen Studienlage ausgehend, dürften 40 von ihnen gar keine Symptome entwickelt haben, weitere 5 bloß milde. Verstorben war bis zum 19. März noch *kein einziger*. Vier Erkrankte und NULL Tote rechtfertigen ein Notstandsregime? Im Ernst, Frau Arden?

Zwei Tage später, am 21. März, gab die Premierministerin bekannt, von nun an komme ein Warnsystem zum Einsatz, um die Corona-Epidemie zu bekämpfen. Angelehnt an Neuseelands schon eingeführtes Buschfeuer-Warnsystem, sieht es vier mögliche Einstufungen vor (9): Stufe 1 entspricht der geringsten Gefahr, Stufe 4 der höchsten. Arden rief zunächst Stufe 2 aus.

Nachdem alle 16 Regionen Neuseelands vereinzelte Infektionen meldeten, proklamierte die Regierung schon am 25. März 2020 die Stufe 4; vom 26. März an galt diese für mindestens vier Wochen. Zielvorgabe war es, das Virus „vollständig zu eliminieren“. Dazu wurden strikte Verbote verhängt, verbunden mit empfindlichen Strafen. Sämtliche Einwohner mussten zu Hause bleiben; in jedem Haushalt war es bloß einer einzelnen Person erlaubt, für lebensnotwendige Besorgungen die Wohnung zu verlassen. Alle Bildungs- und öffentlichen Einrichtungen waren geschlossen (10).

Am 8. April 2020 hatte Neuseeland die weltweit NIEDRIGSTE Todesrate von Covid-19-Infizierten zu verzeichnen: 0,1 Prozent (11). Davon begeistert, zogen sich zahlreiche US-Milliardäre nach Neuseeland zurück, darunter der Großinvestor Peter Thiel und der Filmproduzent James Cameron (12).

Am 27. April 2020 senkte die Regierung die bisherige Warnstufe 4 auf 3 ab — vorerst für zwei Wochen (13). Damit lockerte sie den strikten Lockdown; Abstandsregeln galten allerdings weiterhin. Neuseelands rund 400.000 Arbeitnehmer unter den fünf Millionen Einwohnern konnten nun ihre Arbeit wieder aufnehmen. Gaststätten und Restaurants durften zumindest Take-away-Produkte anbieten. In einigen Schulen fand wieder Unterricht statt. Größere Veranstaltungen blieben jedoch verboten, Einkaufszentren und Außengrenzen blieben geschlossen (14).

Am 4. Mai 2020 war die Zahl der Neuinfektionen erstmals seit Wochen auf null gesunken (15).

Fünf Wochen später, am 8. Juni 2020, gab das Gesundheitsministerium bekannt, dass die letzte bekannte Corona-Patientin seit 48 Stunden symptomfrei sei und daher als geheilt gelte. Daraufhin wurden sämtliche Einschränkungen wie Abstandsgebote oder Veranstaltungsbeschränkungen aufgehoben; lediglich die strengen Einreisebestimmungen blieben in Kraft (16).

Am 30. Juni 2020 trat David Clark, der damalige Gesundheitsminister Neuseelands, von seinem Amt zurück. Als Gründe hierfür gab er die Kritik am Kurs des harten neuseeländischen Lockdowns und sein eigenes Fehlverhalten an, weil er entgegen geltender Regeln mit seiner Familie einen Badeurlaub am Strand verbracht hatte (17).

Alle Infizierten wegsperren — notfalls mit Gewalt

Nach 102 Tagen ohne Neuinfektionen meldete die Stadt Auckland Mitte August ein neues „Coronacluster“, mit 17 Trägern des Virus; einen von ihnen hatten infizierte Freunde und Verwandte besucht (18). Einen Tag später war das Cluster auf 29 Personen angewachsen; zwei davon hatten das Virus offenbar bereits 200 km nach Süden getragen, in die Kleinstadt Tokorea (19).

Obwohl in ganz Neuseeland seit dem 6. Mai 2020 NIEMAND mit Covid-19 verstorben war, beschloss die Regierung nun, Alarmstufe 3 auszurufen, ganz Auckland mit 1,6 Millionen Einwohnern unter Quarantäne zu stellen — und Corona-KZs einzurichten, um dort ALLE „Infizierten“ wegzusperren, notfalls gewaltsam.

Denn „der jüngste Ausbruch droht die wirtschaftliche Erholung zu behindern“, erklärte Premierministerin Jacinda Ardern (20).

Am 12. August warf der Oppositionsführer im neuseeländischen Parlament der Regierung vor, sie habe den angeblichen „Ausbruch“ inszeniert (21). Ansonsten ist in dem Inselstaat weiterhin kaum jemand durch Widerrede und Verweigerung auffällig geworden. Zwar habe es „seitens der (von der Zwangsquarantäne in Corona-Camps) betroffenen Familien anfangs eine gewisse Abneigung gegeben“, räumte Neuseelands Director General of Health Ashley Bloomfield ein. Diese sei aber „nicht von Dauer“ gewesen (22). Wie der Gesundheitsprecher der *New Zealand National Party*, Shane Reti, betonte, stehe er voll hinter dem Kurs der Regierung. „Ich habe mich vergewissert, dass sie rechtlich dazu befugt ist.“ Ein Corona-Camp „könnte der sicherste Ort für Sie, Ihre Familie und Ihre Gemeinde sein“ (23).

Der „sicherste“ Ort muss freilich nicht der erholsamste sein. Wie die Tageszeitung *The Guardian* berichtete, stehen Neuseelands Isolations- und Quarantäneeinrichtungen unter „extremem Stress“, weil Riesenandrang herrscht, seit alle Rückkehrer von Auslandsreisen routinemäßig dorthin verfrachtet werden (24).

Gegenwehr scheint in Neuseeland derart selten vorzukommen, dass jeder, der sie noch zu leisten wagt, prompt zum Medienstar wird. Für Schlagzeilen sorgte ein 50-jähriger Campinsasse, der nach zwei negativen (!) Corona-Tests einen 1,80 Meter hohen Zaun durchschnitt, um in einem nahegelegenen Spirituosenengeschäft einzukaufen. Nach einer halben Stunde kehrte er brav zurück. Sofort wurde er in Polizeigewahrsam genommen und am nächsten Tag einem Richter vorgeführt (25).

Im vielbeachteten „Demokratie-Index“ der *Economist Intelligence Unit* (EIU), eines weltweiten Beratungsunternehmens, belegte Neuseeland 2019 noch den vierten Platz. Erster wurde Norwegen, 167. und damit Letzter Nordkorea (26). Seine Topplatzierung dürfte Neuseeland 2020 nur deshalb behalten, weil sich so gut wie alle Mitkonkurrenten ebenfalls vom Staatsideal der Volksherrschaft verabschieden.

Ein totalitäres Projekt macht Schule

Ein Patent auf Corona-Konzentrationslager kann Neuseeland ärgerlicher Weise nicht mehr anmelden. Andere waren schneller.

Vorreiter spielte erwartungsgemäß die Volksrepublik China. Zunächst rund um Wuhan, dann auch in anderen Regionen wurden Mietskasernen und leerstehende Fabrikgebäude, Gästehäuser und Sporthallen im Nu zu Quarantäne-Gefängnissen. Dort mit Infizierten zusammengepfercht wurden Menschen ohne die geringsten Symptome bereits dann, wenn sie irgendwie „Kontakt“ zu Covid-19-Patienten hatten. Als eines dieser Gebäude, ein 80-Zimmer-Hotel in der Küstenstadt Quanzhou, Anfang März einstürzte, kam über die 70 Menschen, die zwischen den Trümmern eingeschlossen waren, ans Licht: Unter ihnen gab es keinen einzigen konkreten Verdachtsfall. Alle Bewohner seien negativ getestet worden, berichtete die chinesische Nachrichtenagentur *Xinhua* (27).

Für infizierte Rückkehrer aus der Wuhan-Region eröffnete Indien bereits am 13. März 2020 ein „Quarantäne-Camp“ in Delhis Stadtteil Chhawla (28).

Aus einem staatlichen Quarantänelager im Osten Hongkongs berichtete eine zwangsinternierte *CNN*-Reporterin Anfang April: Dort „sind etwa 100 provisorische Ein-Zimmer-Häuser in ordentlichen Reihen auf einem Sportplatz im Freien errichtet worden, umgeben von hohen gelben Barrieren, in denen jeder untergebracht ist, von dem das Gesundheitsministerium entscheidet, dass er isoliert werden muss, nachdem er mit einer Person in Kontakt gekommen ist, die positiv auf Coronavirus getestet wurde.“ Angenehm überrascht war sie von der „Freiheit, draußen zwischen den Hüttenreihen herumzulaufen — natürlich mit Maske —, um frische Luft zu schnappen und sich zu bewegen, anstatt zwei Wochen lang in einem einzigen Raum eingesperrt zu sein. Die Häftlinge können sogar miteinander reden, obwohl es rund um das Lager Schilder gibt, die uns raten, ‚Versammlungen zu vermeiden‘, um ‚die Verbreitung des neuartigen Coronavirus zu verhindern““ (29).

Covid-19-verdächtige illegale Einwanderer sperrt Griechenland auf der Insel Lesbos seit April 2020 zeitweilig in spezielle Infiziertenlager ein, damit das Virus nicht in normalen Migrantenlagern um sich greift. Ende Juli traf ein Journalist dort 162 Zwangsisolierte an.

„Die Wohn- und Hygienesituation in den Quarantäne-Camps ist katastrophal und erhöht das Risiko von Covid-19-Ausbrüchen. Es ist verachtenswert, dass Migranten gezwungen werden, in diesen gesundheitsschädlichen Bedingungen zu leben“ (30).

Selbst die Vereinigten Staaten machen mit bei dieser Art von „Seuchenschutz“. Bereits im Februar 2020 genehmigte das Verteidigungsministerium, militärische Einrichtungen zur Quarantäne von aus Übersee heimkehrenden Amerikanern zu nutzen, insbesondere von Evakuierten aus Wuhan und Passagieren des Kreuzfahrtschiffes „Grand Princess“. Bei einem

„Faktencheck“ Mitte August bestätigte die Tageszeitung *USA Today* die Existenz von 15 solcher Basen (31). „Wichtig“ zu betonen fand sie, dass die Aufenthalte dort selbstverständlich bloß „zeitweilig“ seien; „nach Einhaltung der 14-tägigen Quarantäne“ werde man selbstverständlich wieder „freigelassen“ — so als wäre Freiheitsberaubung ein staatliches Kavaliersdelikt, solange sie bloß ein kurzes Weilchen stattfindet.

Vietnams Quarantänelager: „Wie im Urlaub“?

Bereits im März 2020 rüstete Vietnam 145 Hotels zu Haftanstalten für „Infizierte“ um (32). Weitere Quarantänelager betreibt seither die vietnamesische Armee (33). Schon bis Ende März wurden rund 50.000 Menschen aus über 95 Millionen Einwohnern dorthin geschafft, obwohl das Land bis dahin bei über 30.000 Tests erst 148 Infektionen verzeichnete — und *keinen einzigen* Corona-Todesfall (34). Bis Ende Juli hatte der Killerkeim noch immer *null* Vietnamesen ins Grab befördert und gerade mal 412 infiziert (35).

Wie es sich in einem solchen Camp lebt, lässt die Nachrichtenagentur *Reuters* einen auskunftsfreudigen Studenten namens Nguyen Ha My schildern: Natürlich könne „kein Ort wie ein Zuhause sein. Aber hier fühle ich mich sicher. Die Soldaten hier sind sehr fürsorglich. Sie gaben mir Shampoo, Duschgel und sogar Toilettenpapier. Im Quarantänelager ist es wie im Urlaub. Kostenloses Wi-Fi, kostenlose Mahlzeiten, kostenlose Gesichtsmasken. Nur ein kleiner Herzinfarkt, falls einer der Mitbewohner hustet“ (36).

Hingegen hielt sich die Begeisterung bei vier chinesischen Campinsassen offenbar in Grenzen: Unbefugt kletterten sie über die Mauer eines Quarantänelagers und türmten. Daraufhin schrieb die vietnamesische Polizei sie zur Fahndung aus. Sie veröffentlichte deren Namen und Porträtfotos, so als gelte es, entlaufene Schwerstkriminelle einzufangen (37).

Wie zumindest die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* anzumerken wagt, ist der gesamte Infektionsschutz des vietnamesischen Staats „auf Unterdrückung aufgebaut“ (38).

Erbärmliche Verhältnisse in Nepals Corona-KZs

Nahezu zeitgleich mit Vietnam richtete auch der Himalayastaat Nepal Quarantänelager für „Infizierte“ ein, die er bis heute betreibt. Dabei verstarb der erste Nepalese mit Covid-19 erst am 18. Mai 2020; bis heute vermelden Gesundheitsbehörden unter 28 Millionen Einwohnern gerade mal 102 (!) „bestätigte“ Corona-Todesfälle (39).

Über die bedrückenden Verhältnisse in den Corona-Camps berichteten drei nepalesische Wissenschaftler Ende Juni 2020 in der Online-Zeitschrift *Rural and Remote Health* (40):

„Nachdem Indien am 24. März 2020 aufgrund des Coronavirus abgeriegelt worden war, kam es zu einem Massensexodus nepalesischer Wanderarbeiter. Angesichts der Zunahme von Infektionen in Indien beschloss Nepals Regierung Quarantänemaßnahmen. Schulen, Tempel und Hallen wurden in behelfsmäßige Quarantänelager umgewandelt.

Angesichts des Mangels an Planung, Logistik und Infrastruktur befinden sich diese in einem desolaten und entmutigenden Zustand. Sie sind in einem Ausmaß überfüllt, das sichere Abstände verhindert. Nahrung, Unterkünfte, Hygiene und sanitäre Einrichtungen sind in einem beklagenswerten Zustand. Trampoline dienen als Behelfsbetten. Es gibt nur eine begrenzte Anzahl von Latrinen, und das Abwassermanagement ist schlecht. Dies erhöht das Risiko weiterer Epidemien wie Malaria, Dengue und viszerale Leishmaniose, insbesondere in südlichen Lagern, die jährlich von der Monsunsaison betroffen sind. Zudem mangelt es völlig an grundlegenden Präventivmaßnahmen wie Moskitonetzen. Jeder Insasse erhält pro Tag einen Essenszuschuss von 178 Nepalesischen Rupien — umgerechnet 1,50 US-Dollar.

Die soziale Ächtung von Covid-19-Fällen nimmt rapide zu. Bewohner in der Nähe der Quarantänelager haben Bedenken geäußert und gegen diese Einrichtungen protestiert. Wer in den Lagern positiv getestet ist, wird stigmatisiert und schikaniert. Soziale Diskriminierung und mangelnde psychiatrische Versorgung führen häufig zu Konversionsstörungen, Panikattacken und Depressionen.

Kürzlich erschien ein Bericht über Selbstmorde von positiv getesteten Patienten sowie über die angebliche Gruppenvergewaltigung einer Frau in einem Corona-Camp in Nepal. Diese dunklen und verzweifelten Taten sind weitere Beispiele für den Zustand des physischen, psychischen und sozialen Wohlbefindens in Nepals Quarantänelagern inmitten einer globalen Krise.“

Am 21. Juni 2018 ist Jacinda Ardern, Neuseelands Regierungschefin, Mama geworden: Sie brachte eine Tochter zur Welt. Welche Welt wünscht sie ihr?

Dieser Beitrag erschien zuerst auf Rubikon.

Rubikon / Harald Wiesendanger / Initiative zur Demokratisierung der Meinungsbildung gGmbH, 15.09.2020, Foto: Systembild für: Der Corona-Knast © Thomas Rüdeshcim

Teilen mit:

- [Klick, um über Twitter zu teilen \(Wird in neuem Fenster geöffnet\)](#)
- [Klick, um auf Facebook zu teilen \(Wird in neuem Fenster geöffnet\)](#)
- [Klick, um auf LinkedIn zu teilen \(Wird in neuem Fenster geöffnet\)](#)
- [Klick, um auf Pinterest zu teilen \(Wird in neuem Fenster geöffnet\)](#)
- [Klick, um auf Tumblr zu teilen \(Wird in neuem Fenster geöffnet\)](#)
- [Klicken, um auf WhatsApp zu teilen \(Wird in neuem Fenster geöffnet\)](#)
- [Klick, um dies einem Freund per E-Mail zu senden \(Wird in neuem Fenster geöffnet\)](#)
- [Klicken zum Ausdrucken \(Wird in neuem Fenster geöffnet\)](#)
-
-